

# **b** unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

## Auf die Bewegung kommt es an!



Foto: Herzog

### **Gentechnik/Patente**

Konzerne wollen unsere Lebensmittel kontrollieren - durch Gentechnik und Patente. Wie die Politik debattiert, warum manche Gempflanzen verboten, andere erlaubt werden und weshalb eine Brauerei gegen Gengerste protestiert auf den **Seiten 12-13**

### **Milch**

Entschlossene Bäuerinnen vor dem Kanzleramt, europäische Milcherzeuger demonstrieren in Brüssel. Nur die Milchmenge in bäuerlicher Hand ist zukunftsweisend, dazu ein Interview mit den Abl-Vorsitzenden und Berichte auf den **Seiten 3, 6-7, 16-18**

### **Agrarindustrie**

Agrarrohstoffe werden zu Investitionsobjekten, die Industrialisierung der Landwirtschaft schreitet voran. Zum Glück gibt es Bewegung dagegen. Hintergründe und Fakten zu Strukturen in der Massentierhaltung und der Agrarindustrie auf den **Seiten 10-11**

**Die Seite 3**

**Steh auf, wenn du eine Bäuerin bist** ..... 3  
1.000 Milchbäuerinnen demonstrieren vorm Kanzleramt

**Agrarpolitik**

**Subventionsempfänger im Netz** ..... 4  
**Auf der Suche nach dem Schlupfloch** ..... 14

**Märkte**

**Nahrungsmittel in Konzernhand** ..... 5  
**Großställe und Niedrigpreise** ..... 7

**Milch**

**Die Menge ist das Problem, die Menge ist die Lösung** ..... 8  
Die Bundesvorsitzenden der AbL im Interview  
**„Wenn der Preis nicht steigt, stehen wir auf der Straße“** ... 16  
Interview mit der Milchbäuerin Sabine Holzmann  
**Warum „Wachsen und Weichen“ eingemottet gehört** ..... 17  
**Frankreichs Milchbauern unter Hochspannung** ..... 18

**Bewegung**

**Über die Barrikaden** ..... 8  
Europas Milchbauern demonstrieren in Brüssel

**Massentierhaltung**

**Massentierhaltung und Schweinegrippe** ..... 10  
**Von der AbL-Fachtagung „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“** ... 11

**Schwerpunkt**

**Entscheidung aus Absurdistan** ..... 12  
Warum eine Kartoffel verboten und zwei erlaubt werden  
**Mit Patenten zur weltweiten Kontrolle der Lebensmittel** ... 13

**Nachbau**

**Vergüteter Verrat** ..... 15  
Die STV bietet Aufbereitern Geld für Informationen an

**Weitere Themen**

Aus Stall, Feld und Umfeld zu Besuch bei Petra Jacob und Martin Schulz, Seite 9; Leserbrief, Seite 19; Lesen, Seite 20–21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22–23

**Inhaltsverzeichnis**

Was für eine bewegte Aktion, was für politische Erfahrungen! Die selbst gedichteten Lieder der „Bäuerinnen von Berlin“ werden noch Tage später gesummt. 7 Tage und 6 Nächte haben die Bäuerinnen in unmittelbarer Nähe des Bundeskanzleramtes ihre Zelte aufgeschlagen. Haben mit Mut, Phantasie, manchmal auch mit Tränen und Verzweiflung, dann wieder mit Lust und Leidenschaft das Thema Milchpreise und Mengenregulierung und einen europäischen Krisengipfel auf die politische Tagesordnung gesetzt. Zwischendurch haben sie mit den Handys dafür gesorgt, dass zu Hause alles in geordneten Bahnen läuft. Wann hat es eine Bewegung in einer Aktion geschafft, dass in wenigen Tagen Politiker aller Parteien sich auf den Weg zu ihr aufmachen mussten? Die Bundesministerin, ihr Staatssekretär, Fraktions- und Parteichefs, der Bayerische Ministerpräsident, die Agrarsprecher und der CDU-Generalsekretär – alle mussten sich in den Diskussionen warm anziehen. Ihre teilweise arroganten Erklärungsversuche und ihre bekannten Tropfen auf heißen Stein (Liquiditäts- und Investitionshilfen, niedrigere Dieselölbesteuerung, Exportsubventionen) stießen auf Kritik. Die Milch muss in Bauern-

**Kommentar****Geballte Bäuerinnenpower!**

hand, ohne eine bedarfsgerechte Mengenregulierung gibt es keine fairen Preise, so die Bäuerinnen. Ministerin Aigner versuchte, von der eigenen Verantwortung abzulenken und verwies auf Brüssel. Frankreich und Österreich haben die Quotenhöhung eingefroren, Frau Ministerin! Die Bäuerinnen haben ein Gespräch mit der Bundeskanzlerin eingefordert. Nicht, weil Frau Merkel höhere Preise zusagen sollte – so naiv sind Bäuerinnen nicht. Die Forderung nach einem Milchgipfel, auf dem mengenbegrenzende Maßnahmen beschlossen werden, war klar. Und „Schwester Angie“? Die Kanzlerin kenne die Probleme, sehe derzeit keine Gesprächsnotwendigkeit, zudem seien die Forderungen der Bäuerinnen nicht umsetzbar, ließ sie mitteilen. Das hat ihr nicht nur von den Bäuerinnen Kritik eingebracht, sondern breites Kopfschütteln in der Öffentlichkeit. 4 Tage nach der Aktion kündigt sie an, sich noch im Mai mit Milchbäuerinnen in Berlin zu treffen und inszeniert darüber hinaus eilig einen Milchbauernhofbesuch im Norden mit der niedersächsischen CDU-Spitze und im Schlepptau des Bauernverbandes. Wahlkampfzeiten. Außer bei der Verbilligung der Dieselölbesteuerung, die für Milchbauern wenig bringt, sagt sie wenig. Sie verweist auf größere Betriebe in Ostdeutschland, die bei Rückführung der Mengen gefährdet werden und beweist damit wenig Kenntnis von der Lage, weil auch größere Betriebe mit den Preisen nicht zurecht kommen. Gerd Sonnleitner distanziert sich deutlich von der Bäuerinnenaktion – für viele ein Grund mehr, den Austritt aus dem Bauernverband zu vollziehen. Da helfen keine Ablenkungsmanöver und Treckerdemos. Der DBV macht weiter Politik Hand in Hand mit der Agrarindustrie und entfernt damit Landwirtschaft von gesellschaftlichen Interessen. Bäuerliche Bewegung findet woanders statt, bei den Bäuerinnen in Berlin, bei den Berufskollegen in Brüssel, aber auch vor Ort im Kampf gegen die Gentechnik oder die industrielle Tierhaltung. Bündnisse werden geschmiedet und Interessen noch deutlicher vertreten. Immer mehr Bäuerinnen und Bauern wird klar: Der Bauernverband vertritt uns nicht, wir müssen unsere Anliegen selbst in die Hand nehmen. Oft sind es die Frauen, wie in Berlin. Sie stärken sich gegenseitig, suchen und finden das Gespräch mit der Bevölkerung, ernten viel Zuspruch und Beachtung auch bei den Medien. Dennoch: Frau Merkels Verhalten deutet an, dass die Politik die dramatische Entwicklung in der Landwirtschaft aussitzen möchte. Ob ihr das im Superwahljahr gelingt, ob eine verfehlte Agrarpolitik sich fortsetzen kann, hängt auch vom bäuerlichen Druck und der Überzeugungskraft unserer Argumente ab. Hängt auch davon ab, ob wir einen guten Schritt vorankommen im Aufbau des MilchBoards, damit auch am Markt nichts ohne die Bauern geht. Hängt davon ab, dass BDM und AbL weiter gestärkt werden. Die Zeit drängt. Dauerhaft niedrige Erzeugerpreise ruinieren bäuerliche Betriebe. Die Bäuerinnen haben in Berlin eine neue Hymne verfasst: „Steh auf, wenn Du ein Bauer bist...“. „Taffe Frauen“ nannte sie eine Berliner Journalistin. Es ist geballte Bäuerinnenpower und ein ganz wichtiger Teil einer neuen bäuerlichen Bewegung.

Georg Janßen,  
Bundesgeschäftsführer der AbL

**Impressum**

**b** unabhängige  
**bauernstimme**

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 3171, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;  
**Redaktion:** Marlene Herzog: 02381-492289; Marcus Nürnberger: 02381-492220; Claudia Schievelbein: 02381-9053173; Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper; Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag/ Aboverwaltung:** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520  
**Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de**  
**Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich)  
**Abonnementpreis:** 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich  
**Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

## Steh auf, wenn du eine Bäuerin bist

1.000 Milchbäuerinnen campieren mitten in Berlin und demonstrieren vorm Kanzleramt für angemessene Milchpreise

Ein Chor bestehend aus zweihundert Milchbäuerinnen steht vor dem Kanzleramt in Berlin. „Schwester Angie, schläfst du noch? Hörst du nicht die Bauern? Milchpreis hoch!“ Sie sind gekommen, um der Bundeskanzlerin zu sagen, wie verzweifelt ihre Lage ist. Der Milchpreis ist zu niedrig. Die Betriebe müssen Schulden aufnehmen, um zu überleben. Sie fordern von Angela Merkel einen „Milchgipfel“ zur Rettung der Milcherzeuger.

Zu ihrem Gesang tönen mitgebrachte Kuhglocken über den Vorplatz, der jetzt von einigen Polizisten bewacht wird. Die Bäuerinnen tragen Transparente und schwenken Fahnen mit der fairen Milchpreis-Kuh. Die Frauen sind Mitglieder des Bundesverbands deutscher Milchviehhalter (BDM). Sie fordern, dass die Milchquote nicht weiter erhöht wird und neue Rahmenbedingungen für zukünftig gute Milchpreise geschaffen werden.

### Kein Spaß

Die Bundeskanzlerin lässt sich nicht blicken und nach mehreren Stunden werden die Frauen von den Ordnungshütern des Platzes verwiesen. Dennoch sind sie entschlossen, in Berlin zu bleiben. Hundert Meter neben dem Kanzleramt, auf einer grünen Wiese zwischen Hecken und Linden richten sie sich ein, für die nächsten sieben Tage, bei Regen, Kälte und Sonne. Nachts schlafen sie bei Temperaturen um 5 Grad unter freiem Himmel in ihren Schlafsäcken, da sie ihre Zelte nicht aufbauen dürfen. Die Bäuerinnen lassen sich davon jedoch

nicht entmutigen. Morgens um 6 Uhr hört man schon ihr Lachen. Sie sind es gewohnt, früh aufzustehen, um ihre Kühe zu melken. Das übernehmen in dieser Woche ihre Familien zu Hause auf den Höfen. Trotz ihrer guten Laune und dem Mut, den sie mitbringen, ist diese Aktion kein Spaß für sie. „Einige müssen von hier aus den Betrieb organisieren. Übers Handy“. Maike Müller aus dem Nordwesten Deutschlands leitet einen Betrieb mit 160 Milchkühen in Bremerhaven. Welche Arbeit sie tagtäglich verrichtet, ist für viele unvorstellbar. Die Milchbäuerin nennt es einen „24 Stunden-Bereitschaftsdienst“. So steht es auch auf ihrem Schild, das sie um den Hals trägt: „Haus und Kinder, Hof und Garten, Kühe und Kälber, Oma und Opa“.

Immer wieder rollen Busse voller Frauen mit Fahnen, Schlafsäcken und Isomatten an. Die Dazustößenden werden herzlich begrüßt. Beim Abschied der Zurückfahrenden fließen auch mal ein paar Tränen zum Abschied. Insgesamt sind es etwa 1.000 Milchbäuerinnen, die hier für faire Milchpreise kämpfen. Es ist ein ganz neues Gemeinschaftsgefühl, das aus dem gemeinsamen Widerstand erwächst. Auch Vertreter aus Belgien und Österreich stoßen zu den Bäuerinnen. „Dies ist nicht nur eine deutsche Bewegung. Der Kampf für faire Milchpreise läuft europaweit“, so Ernst Halbmayr von der IG-Milch in Österreich.

### Hungerstreik

Als Frau Merkel auch am dritten Tag kein Interesse an den Milchbäuer-



Polizeieinsatzleiter: „Herr Janßen, jetzt müssen Sie dafür sorgen, dass ihre Frauen wieder zurückgehen“. Janßen: „Erstens sind es nicht meine Frauen und zweitens ist es schwer, Bäuerinnen auf zu halten, das sehen Sie ja selbst...“

Foto: Herzog

rinnen zeigt, treten sechs von ihnen in den Hungerstreik. Darunter Katharina Forster aus Mittelfranken. Sie sieht müde aus. In eine Wolle gehüllt, stellt sie sich geduldig den Fragen der Journalisten, die wissen wollen, was sie jetzt am liebsten essen würde und warum sie in den Hungerstreik tritt. „Wir bekommen kein Gehör von Frau Merkel. Man beachtet uns schlichtweg nicht.“ Das ändert sich. In den folgenden Tagen erscheinen nicht nur die Medien zahlreich. Auch Vertreter politischer Parteien und viele Berliner kommen, bringen Kaffee und Aufmunterung. Eine Gruppe von Jugendlichen beschließt spontan, sich den Bäuerinnen anzuschließen und bleibt für zwei Nächte bei ihnen. Auch von Verbänden und Organisationen wie dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) erhalten die Frauen Unterstützung. Die Upländer Bauernmolkerei aus Hessen spendiert kistenweise Milchprodukte. Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) begleitet die Bäuerinnen fast sieben Tage lang. „Unser guter Geist“ nennen sie ihn. Der Vorsitzende des BDM, Romuald Schaber, hat mehrere Nächte und Tage mit den Bäuerinnen unter freiem Himmel verbracht. „Mich würde interessieren, ob ein Herr Sonnleitner das auch getan hätte“ gibt Christine Schneebichler, Milchbäuerin aus

Oberbayern, zu bedenken. Der deutsche Bauernverband hat sich von der Aktion der Milchbäuerinnen derweil öffentlich distanziert.

### Verbraucher für Milcherzeuger

Am siebten Tag beenden die Milchbäuerinnen ihre Aktion. Die Bundeskanzlerin hat sich nicht gezeigt. „Die Politik trägt Verantwortung, die sie aber bisher nicht wahrgenommen hat. Wir tragen auch Verantwortung für unsere Höfe, unsere Kinder und unsere Tiere und deswegen beenden wir den Hungerstreik.“ Christine Schneebichler hat fünf Tage nichts gegessen. Die Milchbäuerin und Mutter von drei Kindern ist trotzdem voller Kampfgeist. In ihrer Abschlussrede wendet sie sich an die verantwortlichen Politiker „Wir wollen von euch Taten sehen und werden euch daran messen!“ Bei der anschließenden Menschenkette vom Kanzleramt bis zum Brandenburger Tor wird deutlich, dass auch die Verbraucher auf Seiten der Milcherzeuger stehen. Hunderte von Menschen halten sich an den Händen und bilden eine fast ein Kilometer lange Schlange. Auf dem Pariser Platz singen sie gemeinsam zu der Melodie von „Go West“ der „Village People“: „Steh auf, wenn du ein Bauer bist, steh auf, wenn du ein Schläuer bist!“

mh



Die unangemeldete Demonstration vor dem Kanzleramt zog viele Verhandlungen mit den um Interessensausgleich bemühten Einsatzkräften nach sich.

Foto: Thomsen

## Subventionsempfänger im Netz

Bauernverband kann Offenlegung der Agrarzahungen nicht verhindern

Ab Mitte Juni soll es nun soweit sein, dann werden sich im Internet all die wiederfinden, die Agrarsubventionen aus

Brüssel bekommen. Die Kampagne des deutschen Bauernverbandes dagegen – eine vermeintliche Neiddiskussion heraufzubeschwören und einzelner seiner Mitglieder vor den Verwaltungsgerichten klagen zu lassen – ist am Ende ohne Erfolg geblieben. Zwar gibt es Gerichtsentscheidungen in beide Richtungen, auch die beiden Urteile vor Oberverwaltungsgerichten (Münster und Greifswald) sind gegensätzlich und doch haben Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) und die Länderagrarminister schließlich für eine Veröffentlichung entschieden. Wesentliche Gründe dafür waren, dass das Bundesverfassungsgericht eine von Bauern und Bäuerinnen eingereichte Verfassungsbeschwerde abgewiesen hat und dass der Druck aus Brüssel erheblich ist. Kaum ein anderes Land in der EU

ziert sich so sehr wie Deutschland, wenn es darum geht zu sagen, wo die Agrarmillionen bleiben. Dabei sind die großen Gewinner im Subventionslotto, um deren Offenlegung es letztlich hauptsächlich geht, oft in vielen Ländern die Gleichen: Große Konzerne die quasi nebenbei auch noch Land bewirtschaften und sich ihre Exporte subventionieren lassen. Nur dass sie in Deutschland durch den Bauernverband eine starke Lobby haben, die es schafft ihre „einfachen“ Mitglieder alibimäßig für die Großen in den Kampagnenring steigen zu lassen. Nur weil „echte“ Bauern und Bäuerinnen geklagt haben und die moralische Keule ausgepackt wurde, geriet Aigner ins Zaudern und verzögerte die Veröffentlichung. Für eine Klage vom Südzuckerkonzern oder der RWE hätte wohl kaum jemand Verständnis aufgebracht. Sie und auch die – meist mit westlichen Fremdinvestoren arbeitenden – durchrationalisierten, ostdeutschen Großbetriebe sind es, die durch die Transparenzinitiative in die Öffentlichkeit geraten sollen, weil kaum einem steuerzahlenden EU-Bürger plausibel zu machen ist, warum sein Geld für die Subventionierung einer nicht umwelt- und sozialverträglichen Landwirtschaft ausgegeben werden soll, die lediglich der Gewinnmaximierung dient.

cs



Transparenz im Bundestag und jetzt auch bei den Agrarzahungen.  
Foto: ger.hardt/pixelio

### Durchsucht

Das Bundeskartellamt hat die Geschäftsräume der Südzucker AG und anderer deutscher Zuckerunternehmen durchsucht. Der Grund seien Fragen im Zusammenhang mit Reform und Umsetzung der neuen Zuckermarktordnung. pm

### Ausbaufähig

Nur etwa ein Prozent der deutschen Schweine stammt bisher aus Programmen der Bioverbände oder aus anderen Programmen mit tiergerechter Haltung: Im Jahre 2008 kamen nach einer Schätzung von Henning Niemann (Kompetenzzentrum Ökologischer Landbau) aus Bioställen ca. 230.000 Mastschweine. Etwa die gleiche Größenordnung dürfte aus Erzeugergemeinschaften wie Schwäbisch-Hällisches Schwein, Neuland und Thönes Natur kommen. en

## Geschmiertes Subventionsgetriebe

Bauernverband gewinnt Agrardiesel nicht für die Milchbauern

„Wir unterstützen die bäuerliche Landwirtschaft“, sagte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ulrich Kelber und bezeichnete die nun beschlossene Abschaffung von Selbstbehalt und Obergrenze beim Agrardiesel als Ablenkungsmanöver des Bauernverbandes. Leider hat die Mehrheit seiner Parteikollegen und die des Koalitionspartners dieses offenbar nicht erkannt oder wollte es nicht erkennen. Wieder einmal macht es sich die Politik einfach, bemüht das Subventionsgetriebe, schiebt Steuermillionen nach Anweisung des Bauernverbandes in landwirtschaftliche Kanäle, die Großbetriebe stärker begünstigen als Kleine und ökologisch nicht sinnvoll sind. „Durch die Steuersenkung auf Agrardiesel wird keinem Milchviehbetrieb geholfen, weil diese Subvention am existenzbedrohlichen Milchpreis nichts ändert. Die große Mehrzahl der bäuerlichen Milchviehbetriebe kommt gar nicht an die bisherige Deckelungsgrenze von 10.000 Liter heran, allein in Bayern liegen

95 Prozent der Betriebe unter dieser Grenze. Mit dieser Subvention drängen die Bundesregierung und die Spitze des Bauernverbandes die Bauern wieder in die Rolle der Subventionsschlucker und sorgen für Isolierung der Bauern in der Gesellschaft“, schreibt AbL-Geschäftsführer Georg Janßen in einer Presseerklärung. Deshalb ist es eine falsche Wahrnehmung, wenn die Wochenzeitung *Die Zeit* berichtet, dass mit der Agrardieseländerung nun „eine der Kernforderungen der Milchbauern“ in Erfüllung geht.

### Ausgerechnet

Lutz Ribbe von der Stiftung Euronatur und Andrea Werner von den hessischen Grünen haben mit spitzem Bleistift und Taschenrechner die Auswirkungen des Beschlusses konkret gemacht: Zunächst profitieren erst einmal alle landwirtschaftlichen Betriebe vom Wegfall der 350 Euro Selbstbehalt. Das Aus für die Obergrenze wird logischerweise erst für Betriebe, die

mehr als 10.000 Liter Diesel im Jahr verbrauchen, wirksam und zwar folgendermaßen: Geht man von einem Dieserverbrauch von 150 Litern pro Hektar aus, erreicht ein 70 Hektar-Hof die Obergrenze. Laut Agrarbericht 2007 sind in Deutschland 47.000 von rund 420.000 Betrieben größer als 70 Hektar. Ein Betrieb der 100 Hektar bewirtschaftet, also 30 Hektar über der Obergrenze liegt, profitiert bei 4.500 Litern Diesel zukünftig vom reduzierten Steuersatz von 25,56 Cent (statt der bisherigen 47,04 Cent) und spart damit 966 Euro im Jahr. Bei einem 150 Hektar-Betrieb sind es bereits 2.577 Euro, die er weniger an Steuern zahlt. Der 1.000 Hektar-Betrieb spart 29.964 Euro, der 2.000-Hektar-Betrieb 62.184 Euro. Na wenn das nicht eine echte Entlastung für das Gros der Bauern und Bäuerinnen ist...da braucht niemand mehr faire Preise für seine Produkte erwirtschaftet über eine dem Bedarf angepasste Produktion. cs

## Nahrungsmittel in Konzernhand

Rohstoffmultis bestimmen Weltagarmärkte

Die Preise für Grundnahrungsmittel wie Reis, Mais oder Weizen sind laut *Handelsblatt* im letzten Jahr um 40 Prozent gestiegen, laut UN wird dadurch die Zahl der bisher schon 860 Millionen Hungernden um weitere 100 Millionen steigen. Explodierende Umsätze und Gewinne verzeichnen dagegen die wenigen global im Rohstoffhandel agierenden Konzerne – Cargill, Archer-Daniels-Midland (ADM), Bunge und Dreyfus (der sogenannte „ABCD-Komplex“). Im Rahmen ihrer globalen Netze kaufen sie Weizen dort ein, wo er gerade billig ist, lagern, erarbeiten und verkaufen ihn dort, wo gerade am meisten Gewinn winkt. Ihre Kunden sind CocaCola, Kellogs, Unilever oder Nestle. Cargill allein exportiert ein Viertel des US-Getreides, laut *Berliner Zeitung* geht jedes 5. Stück Fleisch durch die Hände von Cargill. Bunge wurde durch den Kauf der französischen Cereol der größte Ölsaatenanbieter, nach der Übernahme des Konkurrenten Corn Products auch führender Anbieter von Speisestärke und Sü-

ßungsmitteln. Eng verbunden mit dem ADM-Multi und seiner Hamburger Ölmühle ist die Raiffeisen-Zentralgenossenschaft Agravis über eine Beteiligung an der ADM-Tochterfirma A.C.Toepfer International. Cargill, Bunge und ADM beherrschen etwa 60 Prozent der brasilianischen Sojaexporte, gemeinsam mit Maggi, dem Gouverneur von Mato Grosso mit dessen 400.000-Hektar-Farmen. Ihnen gehören 80 Prozent der Sojamühlen und Umschlag-einrichtungen für Sojaschrot, die nach Ansicht von NGOs teilweise illegal im Amazonasgebiet gebaut wurden. Laut Greenpeace gingen illegal produzierte Sojaprodukte u.a. an McDonalds, an den niederländisch-deutschen Fleischkonzern Vion oder an Raiffeisen-Firmen. Laut Friends of the Earth finanziert die Deutsche Bank die Ausweitung der Agrofuel-Produktion dieser Multis. Unter dem Druck der weltweiten Proteste musste sich Cargill verpflichten, zunächst keine Sojabohnen von gerodeten Amazonasflächen mehr aufzukaufen. *en*

Kurzes am Rande

### 50.000 Hyundai-Hektare

Der südkoreanischen Werft- und Industriekonzern Hyundai Heavy Industries hat für 6,5 Mio \$ (4,9 Mio Euro) in der russischen Pazifikregion Wladiwostok eine Agrarholding mit insgesamt 10.000 ha Landwirtschaftsfläche erworben und will mindestens weitere 40.000 ha Agrarfläche in Russland kaufen. Die 60.000 t Mais sollen nach Korea exportiert werden, weil die heimische Nahrungsproduktion für die Ernährung der rund 49 Millionen Südkoreaner nicht ausreicht und die Produktion von Weizen, Roggen und Sojabohnen in der südkoreanischen Landwirtschaft ständig zurückgeht. *pm*

### Kali-Mengenregulierung

Die Preisentwicklung bei Kali hat der schleswig-holsteinische Bauernverband angeprangert: Vor dem landwirtschaftlichen Boomjahr 2007 habe das Kilo Kali rund 10 Euro gekostet, sei dann auf 40 Euro teuer geworden und verharre nun bei 25 Euro. Im Vergleich dazu seien die Weizenpreise (je dt) im Boom von 10 auf 26 Euro gestiegen und nun wieder auf 13 Euro gesunken. In zahlreichen Leserbriefen machen Bauern darauf aufmerksam, dass der Kalimonopolist K+S auf die Absatzkrise und die Kali-Überschuss-Situation mit einer preisstabilisierenden Senkung der Kaliproduktion reagiert. Genau die Strategie der flexiblen und selbstbestimmten Mengenregulierung, die man den Milchbauern nicht zugestehen will. *pm*

### Tiefrote Schweinemast

Auf tiefrote Zahlen der Schweinemäster verweist die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN). Entgegen den Prognosen werde sich der Niedrigpreis von derzeit 1,42 Euro je kg Schlachtgewicht auch in den kommenden Monaten kaum bessern, die Erzeugerseite habe dem massiven Druck der Schlachtunternehmen nicht standhalten können. Bei 126 Euro pro Schwein bedeute dies einen Verlust von 25 Euro pro Schwein, wenn man auf der Kostenseite 64 Euro für das Ferkel, 54 Euro für das Futter, 25 Euro für Energie/Gebäude und 8 Euro für Arbeit ansetze. Kostendeckend sei erst ein Preis von 1,68 Euro je kg Schlachtgewicht. *pm*

### Billiglöhne beim Spargelkönig

Die Preise für Spargel stagnieren. Auch deshalb, weil agrarindustrielle Betriebe ihn mit Niedrigstlöhnen produzieren und so auch den Lohnanspruch bäuerlicher Spargelbetriebe drücken. So kommt fast jeder 10. Spargel von den 1.500 ha der Thiermann GmbH in Scharinghausen (Niedersachsen) bzw. aus dessen Dependancen in Brandenburg (Güter Grabow und Mötzow, Hof Beelitz) und Thüringen. Etwa 1.500 osteuropäische „Erntehelfer“ arbeiten dort für 6 Euro. Heinrich Thiermann redet trotzdem von „leistungsgerechter Entlohnung, sozialer Verpflichtung und optimalem Arbeitsumfeld“. Bei der Saisonöffnung versprach ihm Niedersachsens Agrarminister Ehlen weiteren Einsatz für „akzeptable Rahmenbedingungen“ bei Pflanzenschutz- und Erntehelfer-Regelungen. Während er die Forderung nach fairen Milchpreisen durch Mengenregulierung strikt ablehnt, empfahl Ehlen dem „Spargelkönig“, „hinsichtlich der Preisentwicklung beim Spargel sei es vielleicht angesagt, die Erntemenge etwas zu drosseln...“ *en*

### Europäische Firmen in Entwicklungsländern

Firmen sichern sich zunehmend Nutzungsrechte für Land in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Münchner Flora Ecopower Holding AG kaufte in Äthiopien mehr als 13.000 Hektar für die Produktion von u.a. Agrotreibstoffen, steht in der neu erschienenen Studie „A Thirst for Distant Lands“ (Der Durst nach fernem Land) des „International Institut for Sustainable Development“. Das britische Unternehmen CAMEC, das in Süd- und Zentralafrika tätig ist, um u.a. Kohle, Kupfer und Platin abzubauen, bewirtschaftet in Mosambik 30.000 Hektar Land für den Zuckerrohrbanbau und eine Fabrik, die jährlich 120 Millionen Liter Bioethanol herstellt. Die Liste setzt sich in der Studie weiter fort und zeigt weiter auf, welche kanadischen oder US-amerikanischen Firmen ebenfalls Land für ihre Industriezwecke in armen Ländern einnehmen. Experte der Vereinten Nationen Olivier De Schutter sagt gegenüber der *tageszeitung* zum Thema Landnahme: „Auf dem Land arbeiten oft Kleinbauern. Vor allem in Afrika haben viele von ihnen keine Besitztitel. Sie können leicht für Plantagen vertrieben werden. Dabei haben diese Leute keine andere Möglichkeit, sich zu ernähren.“ *bet*



Der Rohstoffmulti ADM ist auch im Hamburger Hafen präsent.

Foto: Herzog

## Agrarpreise in der Achterbahn

Unterschiedliche Einflussfaktoren sorgen für Preisschwankungen

Der vergangene weltweite Boom der Getreidepreise im Jahre 2007 ist laut Professor Isermeyer (VTI Braunschweig) nicht nur durch Ernteausfälle oder durch Bevölkerungs- und Kaufkraftwachstum zu erklären, sondern vor allem durch die politische Förderung der Erzeugung von Bioethanol und die dadurch bewirkte Verknappung von Agrarrohstoffen. Dass es bei einem einmaligen Nachfrageschub bei Bioenergie bleiben wird, den der globale Agrarsektor noch strukturell durch Inanbaunahme zusätzlicher Ackerflächen preisdämpfend ausgleichen könnte, glaubt Iser-

meyer nicht. In *Wissenschaft erleben* prognostiziert er auf längere Sicht einen Wiederanstieg der Weltagrarpreise nach dem Ende der Konjunkturkrise, weil dann durch die erhöhte Nachfrage die Erdölpreise wieder anziehen würden und damit auch die Zahlungsbereitschaft für Bioenergie. Langfristig aber, so Isermeyer, würden sich in einigen Jahrzehnten die Knappheitsverhältnisse abermals grundlegend ändern, wenn die Solarenergie eine Führungsrolle in der globalen Energieversorgung übernimmt. *en*

## Die Menge ist das Problem, die Menge ist die Lösung

Zum Milchmarkt und zur Milchpolitik ein Interview mit den Abl-Vorsitzenden Maria Heubuch und Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf

Sie halten die Maßnahmen von Bund und Ländern für Ablenkungsmanöver und fordern dagegen, das Naheliegende zu tun: vorhandene Instrumente auch zu nutzen, mindestens bis die Erzeuger die Menge gebündelt haben.

**Unabhängige Bauernstimme: Was hat Agrardiesel mit Milch zu tun?**

Heubuch: Nichts, das soll ablenken. Der Wegfall der Obergrenze von 10.000 Litern Agrardiesel bei der Steuererstattung wirkt sich für 90 Prozent der Milchviehhalter überhaupt nicht aus – weil sie nicht so viel Diesel verbrauchen. Und der Wegfall des Selbstbehalts bringt eben 350 Euro je Betrieb und Jahr an höherer Erstattung. Umgerechnet auf den Liter Milch sind das für den Durchschnittsbetrieb mit 40 Kühen weniger als 0,2 Cent je Liter

**bäuerinnen bei Kanzlerin Merkel an die Tür, sechs von ihnen treten sogar in den Hungerstreik. Doch all das führt bisher nur dazu, dass – wie beim Agrardiesel – ausgerechnet Forderungen des Bauernverbandes umgesetzt werden.**

Graefe zu Baringdorf: Das dichte Geflecht von Bauernverband, Milchindustrie, Parteien und Ministerien funktioniert eben noch. Aber sowohl bei den Bäuerinnen und Bauern als auch in der Öffentlichkeit wird nun immer deutlicher, dass dieses Geflecht nicht für die Interessen der Bauern steht. Der Bauernverband vertritt nicht die Milchbauern, sondern die Interessen der Milchindustrie. Beim Milchstreik im letzten Jahr glaubten viele noch, dass sich der Bauernverband – wenn auch spät – aber immerhin hinter die streikenden

Preise für Butter und andere Milchprodukte stark angehoben hatte. Er hatte Furcht vor leeren Regalen, denn einmal gab es eine Balance von Angebot und Nachfrage, auch weltweit, und zum anderen hatte der BDM die Forderung nach 40 Cent mit einer Streik-Androhung verbunden. Diese Auszahlungspreise von 40 Cent und mehr waren aber nur von kurzer Dauer, auch weil die Politik sofort reagierte und Quotenerhöhungen ankündigte und sehr schnell durchsetzte mit dem erklärten Ziel, die Preise wieder zu senken. Molkereien und Handel setzten die Preise runter, und es kam zum ersten Warnstreik. Dieser Streik führte nicht nur zu einer riesigen Solidarität unter den Milchbauern und Bäuerinnen – 70 Prozent machten mit – und zu einem beeindruckenden Rückhalt in der Bevölkerung. Die Politik konnte nicht mehr anders, als zu reagieren. Es gab den Milchgipfel, wo alle Seiten, alle Landesminister, alle Verbände am Tisch saßen und vereinbart haben, dass die politischen Forderungen des BDM umgesetzt werden.

**Umgesetzt wurden sie dann aber trotzdem nicht.**

Graefe zu Baringdorf: Seehofer und die Landesminister hatten die Umsetzung im Bundesrat auf einen Zeitpunkt nach der Bayernwahl gesetzt, ob gezielt oder gutgläubig. Jedenfalls haben der Bauernverband und die Milchindustrie – kaum war der Milchgipfel vorüber – alles unternommen, um die Beschlüsse zu kippen. Das endete im Wortbruch und gab an Brüssel das Signal: Deutschland will mehr Quote. So wurde es im November 2008 ja auch beschlossen, mit der Stimme der deutschen Ministerin.

**Die Agrarminister von Bund und Ländern sind bei ihrem Wortbruch geblieben, auch bei ihrer jüngsten Sondersitzung. Macht das nicht müde; das ist doch wie ein Anrennen gegen eine Wand?**

Heubuch: So einfach werden wir es ihnen nicht machen. Wir sind ja schlau genug, uns nicht die Köpfe einzurennen. Die vielfältigen, phantasievollen Aktionen bewirken zur Zeit vor allem eins: Sie führen wieder zu einer hohen Motivation der Milchbäuerinnen und auch der Milchbauern. Es ist eine ganz andere Stimmung da als noch im Winter. Der Zusammenhalt und der Wille, selbst und gemeinsam unsere Interessen zu vertreten, wächst wieder stark. Die Kanzlerin und die Agrarminister unterschätzen uns, und sie machen Fehler.

Wir setzen auf unsere Stärken, und das in wachsendem Maße mit unseren Kolleginnen und Kollegen in anderen EULändern, also im European Milk Board.

**Aber auch in Brüssel bewegt sich noch nicht sehr viel in unsere Richtung.**

Graefe zu Baringdorf: In immer mehr Mitgliedstaaten kommen die Agrarminister unter Druck. Frankreich teilt die jüngste Quotenerhöhung nicht aus und der Minister bringt eine Fortführung einer Quotenregelung ins Spiel, obwohl er EU-Kommissar werden will. Wenn der Druck groß genug ist, ist Europa beweglicher als viele glauben. Der größte Bremsen ist Deutschland; wenn Deutschland die europäische Quotenregelung so anwenden würde wie Frankreich, dann hätten wir in Europa mit einem Schlag eine ganz andere Diskussion. Das will die Milchindustrie – vorneweg die deutsche – mit aller Macht verhindern. In Deutschland kommt hinzu, dass der Bauernverband vereint mit Milchindustrie und Ministerien immer wieder versucht, den BDM auflaufen zu lassen. Aus der Interessenlage von Bauernverband und Milchindustrie müssen sie sogar alles versuchen, den BDM mundtot, ja kaputt zu machen.

**Ein harter Vorwurf!**

Graefe zu Baringdorf: Nein, das ist nüchterne Analyse. Wenn der BDM – flankiert durch die Abl – erfolgreich ist mit seiner Politik, dann verliert der Bauernverband nicht nur Mitglieder, vor allem verliert er seine strategische Bedeutung für die Industrie. Die kann sich nicht mehr darauf verlassen, dass der Bauernverband die Bauern hinter sich und damit hinter die Interessen der Industrie vereinen kann. Die Industrie bekommt eine offene Flanke. Das stärkt dann die politische und die gesellschaftliche Stellung der Bauern, aber es schwächt eben das Gewicht des Deutschen Bauernverbandes ganz erheblich.

Heubuch: Ein aktuelles Beispiel: Der Bauernverband spricht davon, dass die Lieferverträge der Molkereien mit den Milchzeugern geändert werden sollen. Das haben die Agrarminister von Bund und Ländern nun bei ihrer letzten Sitzung aufgenommen und fordern die „Akteure innerhalb der Wertschöpfungskette Milch“ dazu auf, zum Beispiel „differenzierte Preise für Quoten- und Überlieferungsmengen“ in die Verträge aufzunehmen. Wenn dabei der



Die Abl-Vorsitzenden zu Milchmarkt und Ablenkungsmanövern.

Foto: Jasper

Milch, bei einem Milchpreisverfall von 15 Cent und mehr! Ich gönne es ja den größeren Ackerbaubetrieben, aber das nun als Maßnahme für die Milchviehbetriebe verkaufen zu wollen, ist dreist und sogar gefährlich, weil der Anschein erweckt wird, den Milcherzeugern würde mit Subventionen geholfen und auf den Milchpreis käme es nicht mehr an.

**Da übermachten im April Hunderte Milchbäuerinnen vor vier Staatskanzleien, Anfang Mai fahren über 10.000 Milchviehhalter nach Stuttgart und Hannover und wenig später klopfen eine Woche lang täglich 200 Milch-**

Milchbauern gestellt hätte. Das stimmte schon damals nicht, er betätigte sich durchgängig als Streikbrecher. Aber heute muss man keinem mehr erklären, dass der Bauernverband etwas ganz anderes will als der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter BDM und die Abl.

**Aber an der Politik ändert all das immer noch nichts.**

Graefe zu Baringdorf: Na ja, es hat ja doch schon erhebliche Turbulenzen gegeben, am Markt und dann auch in der Politik. Es ist noch keine zwei Jahre her, da zahlten die Molkereien 40 Cent und mehr, nachdem der Handel die

Bauernverband als der „Akteur“ auf Seiten der Bauern gemeint sein sollte, dann wird der Bock zum Gärtner gemacht. Denn dann wird sich am Anreiz zur Überproduktion nichts ändern, weil Milchindustrie und Bauernverband an der Überproduktion nichts ändern wollen. Sie sind ja die größten Gegner einer bedarfsorientierten Mengensteuerung, weil eine Überproduktion die Verhandlungsposition der Milchindustrie gegenüber den Milchbauern stärkt. Diese Strategie geht aber eben nur auf, wenn der Bauernverband, und nicht der BDM bzw. das Milch Board die Milchviehhalter vertritt.

**Aber die Upländer Bauernmolkerei macht doch genau das: Sie will die Anlieferungsmenge, die der jeweiligen einzelbetrieblichen Quotenmenge zum Stichtag 31. März 2008 – also noch vor den letzten Quotenerhöhungen – entspricht, gut bezahlen und alles, was darüber hinaus angeliefert wird, im Preis abstaffeln.**

Graefe zu Baringdorf: Der Unterschied ist hier, dass bei der Upländer Bauernmolkerei die Bauern bestimmen, was passiert. Der Vorschlag kommt von den Bauern, nicht von der Geschäftsführung oder einem hauptamtlichen Vorstand. Alle Milchlieferanten stimmen darüber ab. Vor allem aber wollen die Upländer damit den Druck auf die Politik erhöhen, dass die ihre Möglichkeiten zur Mengenanpassung nutzt.

**Die Politik dreht den Spieß um und sagt: Regelt das doch selbst!**

Heubuch: Ja, aber daran wird deutlich, wie widersprüchlich die Minister argumentieren. Wenn wir ihren Vorschlag so verstehen sollen, dass damit die preiszerstörenden Übermengen reduziert werden sollen, um den Milchpreis wieder steigen zu lassen, warum nutzen sie dann nicht auch ihre Möglichkeiten, die es längst gibt, die also nicht erst neu installiert werden müssen, sondern die sie selbst in der Hand haben? Die Minister und der Bauernverband kommen aus dieser Widersprüchlichkeit nicht heraus. Der Bauernverband will die Stärkung der Molkereien. BDM und AbL wollen mit der Milchbündelung eine stärkere Marktmacht für die Milcherzeuger.

**Was ist so falsch daran, wenn Molkereien an Stelle des Staats Menge und Preis regeln?**

Heubuch: Wir haben dann statt einer gegen die Bauern gestalteten staatlichen Milchquote eine gegen die Bauern gerichtete Molkereiquote. Die Molkereien wollen direkt und ohne Mitwirkung der Bauern bestimmen können, welche Art von Milchlieferanten ge-



Das Vertrauen in alte Strukturen und die Männerriege des Bauernverbands ist längst verloren. Selbstbewusst und voller Optimismus nehmen die Milchbäuerinnen ihre Geschicke selbst in die Hand.

Foto: Peter Meißner

stärkt werden sollen. Der Haken ist: Wenn es unterschiedliche Preise für eine Lieferrechtsmenge und eine Überlieferungsmenge gibt, wird sich für die Lieferrechtsmenge wiederum ein Preis, ein Handelswert entwickeln, genau wie bei der staatlichen Quote, die wir heute haben. Nur kann bei der Molkereiquote die Molkerei eben selbst bestimmen, ob es für bestimmte Betriebe, die der Molkerei aus welchen Gründen auch immer besonders am Herzen liegen, dann Sonderrechte geben wird. Das, was wir zu Beginn der Quotenregelung mit den Härtefallregelungen an Umverteilung von Menge erlebt haben, wird dagegen noch harmlos sein.

**Also dann doch besser die alte Quote fortführen?**

Graefe zu Baringdorf: Nein, das alte staatliche Quotensystem wollen wir nicht einfach fortsetzen. Von Beginn an ist die Menge über den Bedarf festgesetzt worden, auf Drängen von Milchindustrie und Bauernverband. Zwei Drittel aller Milchviehbetriebe in der EU sind seit 1984 ausgeschieden, weil das die Preise ständig unter Druck gehalten hat. Wenn zukünftig Bauernverband und Molkereien Menge und Preis allein bestimmen wollen, ändert sich für die Milchviehhalter nichts: Sie bleiben die Abhängigen.

Entscheidend ist also, dass die Milchbäuerinnen und Milchbauern selbst den Schlüssel über Menge und Preis in die Hand bekommen. Damit sich das ändert, müssen die Milchviehhalter eine eigenständige und von der Milchindustrie unabhängige Marktmacht

erlangen. Die schenkt ihnen niemand, die müssen sie sich erkämpfen.

**Der DBV schlägt dagegen vor, die Molkereien sollten sich zu zwei oder drei Großen zusammenschließen, um bei Aldi besser verhandeln zu können.**

Graefe zu Baringdorf: Auch diese Forderung des Bauernverbandes zeigt, dass der Bauernverband näher an der Seite der Industrie als an der Seite der Bauern steht. Ob zwei oder drei Große mit Aldi und Lidl anders verhandeln können oder werden als mehrere Mittelgroße, das ist noch offen. Immerhin zahlen in der Regel kleine Marktmolkereien die besten Preise. Sicher aber ist, dass sich die Position der Milchviehhalter gegenüber den Molkereien dann noch weiter verschlechtert. Sie verkommen zum reinen Rohstofflieferant. In der Logik des Bauernverbandes betritt die Milch erst den Markt, wenn die Molkerei sie verarbeitet. Notwendig ist aber genau das Gegenteil: Mit der Bündelung im Milch Board werden die Milcherzeuger gleichberechtigte Marktpartner mit Molkereien und Handelsketten.

**Es bleibt aber das Problem, dass sich allein in Deutschland 100.000 Milcherzeuger zu einer gemeinsamen Macht zusammenraufen müssten. Ist das realistisch?**

Heubuch: Es müssen ja nicht 100 Prozent dabei sein. Es würde schon ausreichen, wenn 60 bis 80 Prozent mitmachen, um die Verhältnisse am Milchmarkt vom Kopf auf die Füße zu stellen. Das bleibt unser aller Aufgabe, möglichst viele Milchviehhalter in der

bestehenden Milcherzeugergemeinschaft Milch Board zu bündeln. Aber das geht natürlich nicht von heute auf morgen. Deshalb ist die Politik in der Verantwortung, bis es soweit ist, die vorhandenen Quoten-Instrumente zu nutzen, und zwar für die Bauern und nicht gegen die Bauern. Das, was jetzt abläuft, ist keine „sanfte Landung“ aus der Quote, das ist eine Wertvernichtung ohne Beispiel. Es geht um unsere wirtschaftliche Existenz, die wir derzeit verlieren. Das werden wir nicht einfach hinnehmen.

**Wie kann der Druck noch erhöht werden? Welche Rolle spielen die Wahlen?**

Graefe zu Baringdorf: Na ja, vor allem die CSU scheint sich Sorgen zu machen, nicht wieder ins Europaparlament gewählt zu werden. Nicht umsonst versuchen CSU-Chef Seehofer und Minister Brunner jetzt noch vor der Wahl, wenigstens nach außen auf Distanz zum Bauernverband zu gehen. Ob das verfängt, ist nach den schlechten Erfahrungen mit Seehofers Milchgipfel und dem Wortbruch der Minister im Bundesrat eher zweifelhaft. Entscheidend ist jetzt, dass die Menge an den Bedarf des Marktes angepasst wird. Das muss gelingen. Wenn die Politik dazu eine wirksame Unterstützung verweigert, werden die Milcherzeuger zu radikalen Maßnahmen der Mengenregulierung gezwungen, um der Verantwortung für ihre Höfe gerecht zu werden.

Vielen Dank für das Gespräch  
uj

## Allgäuer erhalten alte Tier-Rassen

Im Allgäu hat sich im vergangenen Monat eine Regionalgruppe der Gesellschaft zur Erhaltung alter und gefährdeter Haustierrassen (GEH) gegründet. „Uns liegt besonders das Wesen der Tiere und ihre Art, uns als Kulturpfleger zu begleiten, am Herzen“, sagt Michael Finger. Immer mehr Züchter und Halter fürchteten durch Patente und Zuchtprobleme der Hochleistungsrassen um Qualität und Wirtschaftlichkeit. „Viele schon vergessene Nutztierarten sind weniger anfällig gegen Umwelteinflüsse, und sie können Aufgaben übernehmen, an denen die neuen Rassen scheitert, etwa die Nutzung auf hängigem Gelände und damit die Pflege der Landschaft“, so Finger. Kontakt im Bio-Ring Allgäu/Kempton, M. Finger, 87561 Oberstdorf, Tel.: 08322-1329  
4fingerfamily@gmx.de. pm

## BDL gegen Rechtsextremismus

Der Bund der Deutschen Landjugend (BDL) hat ein gesamtgesellschaftliches Handeln gegen rechtsextreme Gruppierungen gefordert. Diese besetzten immer häufiger die Lücken, die durch den Abbau von sozialen und kulturellen Strukturen in ländlichen Räumen entstünden. Nach einer Studie der Bundesregierung sei etwa jeder siebte Jugendliche „sehr ausländerfeindlich“. Bundesvorsitzender Hiestand verwies auf eine BDL-Studie „Rechtsextremismus in den Ländlichen Räumen – Es wächst nicht einfach Gras darüber“, die konkrete Handlungsmöglichkeiten und Ansätze für Kommunen und ihre Akteure aufweise. Allerdings könne gesellschaftliches Engagement vor Ort nicht effektiv sein ohne die nötige Infrastruktur, Investitionen in Bildung und die nachhaltige Förderung von guter fachlicher Praxis im Handeln gegen Rechtsextremismus. pm

## Teillösung im Hormonstreit

Die USA darf künftig mehr Rindfleisch ohne Masthormone erzeugt zollfrei in die EU exportieren. Dem haben die EU-Mitgliedstaaten im Mai in einem Eilverfahren zugestimmt, um den seit zwei Jahrzehnten dauernden Rindfleischstreit zumindest vorübergehend zu schlichten. Bisher erlaubt das Zollkontingent 11.500 Tonnen Rindfleischexporte in die EU, was aber bei weitem nicht ausgenutzt wurde. In den nächsten vier Jahren wird das Kontingent schrittweise auf 45.000 Tonnen erhöht. Dafür verhängen die USA weniger Strafzölle auf willkürlich ausgewählte EU-Produkte. Zunächst werden die Vereinigten Staaten ihre Strafzölle auf EU-Produkte auf einem Niveau von 28 Millionen Euro einfrieren. Das wären rund 68 Prozent weniger als die Welthandelsorganisation (WTO) bislang zugestanden hatte. Schließlich sollen die Strafzölle ganz wegfallen. Außerdem soll nun, wie von den USA angekündigt, der Warenkorb der bezollten Importe nicht laufend geändert werden. Der Ansatz ist ausbaufähig: Nicht nur mit Masthormonen produziertes Fleisch, sondern soziale und ökologische Kriterien sowie existenzsichernde Erzeugerpreise müssen im Welthandel berücksichtigt werden, damit die Bauern auch was davon haben. bet

## Ferkel auf Kosten von Tier und Qualität

Dänische, niederländische, französische und ostdeutsche Ferkelerzeuger erhöhen derzeit die Zahl der abgesetzten Ferkel pro Sau und Jahr massiv, auf 25 bis 27 und in manchen Betrieben sogar auf 32 Ferkel. In der *Bauernzeitung* weist Prof. Winfried Matthes (IFT Dummerstorf) darauf hin, dass die geringen Kosten dänischer und niederländischer Ferkelerzeuger (50 bis 53 Euro für ein 30 kg-Ferkel gegenüber 64 Euro in Nordwestdeutschland) nicht nur darauf beruhen. Die Futter- und Energiekosten seien geringer und auch die Arbeitszeit werde schärfer kalkuliert. In Mecklenburg-Vorpommern würden Ferkel für 60 Euro erzeugt, allerdings bei geringem Lohnniveau, hohen Aufwendungen für Tiermedizin und hohen Ferkelverlusten (bis zu 15%). Genau hier sieht Matthes den Nachteil der hohen Ferkelzahlen je Wurf: Darunter leiden nämlich die Vitalität und die Überlebensrate der Ferkel und die Ausgeglichenheit der Geschwister innerhalb des Wurfs. Unter der einseitigen Auswahl der Sauen leiden die Kriterien der Mütterlichkeit und der Langlebigkeit (oft nur 4 bis 5 Würfe). Die vielen Föten haben oft nicht genug Platz im Körper der Sau, auch die Plazenta ist überfordert. Die Mastschweine aus solch hohen Würfen mit relativ geringen Geburtsgewichten je Ferkel neigen zu Fettleibigkeit mit schlechterem Schlachtkörper mit weniger Fleisch und Fleischqualität. „Wohlergehen und Haltungskomfort der Tiere sind künftig stärker zu beachten“ so Matthes. Kann man ein vernichtenderes Urteil über die derzeitige Haltung in vielen „Spitzenbetrieben“ aussprechen? en

Kurzes am Rande

## Über die Barrikaden

Europas Milchbauern demonstrieren in Brüssel

Ende Mai demonstrierten 2.000 Bäuerinnen und Bauern – nach Angaben des European Milkboard (EMB) – aus ganz Europa in Brüssel für bessere Milchpreise. Mit Traktoren und Kühen waren sie nach Belgien gekommen. An die 27 EU-Agrarminister richteten sie ihre Forderungen nach einer Flexibilisierung der Mengenregelung und einer Stilllegung von fünf Prozent der Milchquoten für das Jahr 2009/10. Entschlossen zogen die Milchbauern zum Tagungsort der Agrarminister und ließen sich auch von den Barrikaden der Ordnungshüter nicht aufhalten. Dem Ratspräsidenten des Agrarministerrats, Ja-

kob Sebesta, übergaben Bäuerinnen des Bundesverbands deutscher Milchviehhalter (BDM) Unterschriften von Verbrauchern, die sie in ihren Forderungen unterstützen. Ihm sei die schlimme Lage der Milchbauern bekannt erwiderte Sebesta, allerdings fehle für die Durchsetzung eine Mehrheit. In einer Resolution an den Agrarministerrat stellte das EMB den Agrarministern ein Ultimatum. Bis zum 30. Juni geben sie ihnen die Möglichkeit, ihre Forderungen zu erfüllen. „Sonst werden die europäischen Milchbauern zu härteren Maßnahmen greifen“, so Sonja Korpeter, Geschäftsführerin des EMB. mh



Bauern aus 15 Ländern kamen nach Brüssel.

Foto: EMB

## Den ländlichen Raum erhalten

Für eine Nebeneinander von Leben, Arbeiten und Erholen

Mitte Mai führten AbL und BUND gemeinsam mit dem Unternehmerverband MiLaN in Schwerin eine agrarpolitische Tagung zur Situation und Zukunft des ländlichen Raumes in Mecklenburg-Vorpommern durch. Insbesondere der Konflikt zwischen bestehenden agrarindustriellen Produktionsstrukturen mit großen gewerblichen Tierproduktionsanlagen, riesigen Bio-Energie-Parks und Agrogentechnik und der möglichen regionalen Entwicklung durch bäuerliche Landwirtschaft, einheimischem Handwerk und nachhaltigen Tourismus wurden thematisiert. Die Veranstalter stellten „7 Forderungen zur Entwicklung des ländlichen Raumes in Mecklenburg-Vorpommern“ vor. Bei der Landesplanung muss die Überlagerungsklausel von Tourismus- und Landwirtschaftsräumen geändert werden und in den touristischen Schwerpunkt- und Entwicklungsräumen die Art der landwirtschaftlichen Nutzung mit den touristischen Zielen vereinbar sein. Es wurde eine Öffnung des öffentlichen Bodenfonds in

Ostdeutschland für die 80 Prozent von der Verteilung ausgeschlossenen Betriebe gefordert durch Verpachtung von mindestens 400.000 ha Bundes- und Landesflächen und die Einspeisung von 200.000 ha öffentlicher Flächen in einem Programm zur Neuansiedlung von Betrieben. Gleichzeitig wurden landesweite Programme für artgerechte bäuerliche Nutztierhaltung, wie im NEULAND-Programm, und ein Weidprogramm zur sinnvollen Nutzung des Grünlandes mit Milchkühen gefordert. Der Ökolandbau braucht langfristig eine umfangreiche finanzielle Förderung, sowohl bei den Flächenprämien als auch bei der Förderung handwerklicher Verarbeitungsbetriebe und der Direktvermarktung ökologischer Erzeugnisse. Als gesellschaftliche Rahmenbedingung darf in Zukunft keine staatlich geförderte Forschung zur Agrogentechnik mehr im Land erfolgen und keine Freisetzungsversuche sowie kein großflächiger Anbau genveränderter Pflanzen. Dr. Burkhard Roloff (BUND)



### Betriebsspiegel:

Petra Jacob ist auf einem Milchviehbetrieb in Bayern aufgewachsen, hat Agrarwissenschaft studiert und auf mehrjährigen Reisen immer wieder in der Landwirtschaft gearbeitet.

Ich stapfe einen matschigen Feldweg hoch, links und rechts Weissdornsträucher, dahinter Rhabarberfelder, so weit das Auge reicht. Neben einem verriegelten Eisengatter klettere ich über einen Steg direkt vor ein Gehege. Drei Schäferhunde knurren mich an und fletschen die Zähne.

Willkommen auf der Oldroyd Farm. Das 250 Hektar grosse „Königreich“ von Janet Oldroyd und Neil Hulme und ihren beiden Söhnen James und Lindsay überblickt von einem Hügel aus das Örtchen Rothwell am Stadtrand von Leeds. In den Medien wird die Hoferbin Janet als Hohe Priesterin des Rhabarbers und „Heldin des guten Essens“ gefeiert. Ihr Rharber wird in den höchsten Tönen gelobt und hat bereits als Füllung für Schweizer Scho-

kolade, versaftet als französischer Wein und als kandierte saudi-arabische Spezialität Karriere gemacht. Bis vor wenigen Jahren noch kamen 90 Prozent allen weltweit vertriebenen Rhabarbers aus dieser Gegend. „Yorkshire leads the world in forced rhubarb production“ steht auch heute noch über dem Eingangstor des Treibhauses. Dahinter bücken sich 20 Rumänen nach Rhabarberstengeln, tagtäglich acht bis zehn Stunden, für 5,70 Pfund (etwa 5,70 €) die Stunde. In einem Behelfsraum stehen vier Polinnen und ich mit kalten Füßen und noch eiskälteren Händen in Gummihandschuhen seit sechs Uhr auf der Matte und putzen die Stengel mit Hilfe schmutziger Lappen. Eisiger Wind weht unter der Planenwand in den Raum, eisiger Wind weht uns durchs Haar, wenn wir in der Mittagspause auf Strohbüscheln in der offenen Scheune sitzen. Dort schieben wir uns die Hände un-

ter die Hintern, damit sie warm werden. Selbst in der stinkigen Toilette herrscht der Geiz – kein Klopapier. Auch sind wir durstig, denn trinken ist während der Arbeitszeit nicht erlaubt. Abends sind die Beine schwer, die Finger dick wie Knackwürste, taub, roh und verletzt und mit einem Juckreiz, der bis an die Schmerzgrenze geht und der mich nicht einschlafen lässt. Eindeutig Frostbeulen. Ich wache auch so öfter frierend mitten in der Nacht auf, mit roter Schnapsnase und rauer Haut. Trotz dreier Pullovern, zwei Paar Leggings, drei Paar Socken, drei Decken und Wollmütze.

Über Nacht hat es wieder geschneit. Minus zwölf Grad sind gemeldet. Am Wasserhahn im Wohnwagen haben sich Eiszapfen gebildet, die Kloschüssel ist mit einer Eisschicht überzogen. Mit dunklen Augenringen und fleckigem Gesicht schuffte ich insgesamt neun Wochen fürs

Imperium Oldroyd. Verdiane dabei rund 800 Pfund netto im Monat (Pausen werden nicht bezahlt), abzüglich 135 Pfund Wohnwagenmiete, 55 Pfund für eine Flasche Campinggas und Strom je nach Zählerstand – bei den polnischen Nachbarinnen kam die Rechnung auf 100 Pfund im letzten Monat! Und Lebensmittel bräuchte ich auch noch ...

Trotzdem sind die Oldryds rigoros. „Wir kennen alle Tricks“, behauptet James. Elizabeth aus dem armen Ost-Polen ist die Erste, die gefeuert wird. Sie ist während der Arbeit ohnmächtig geworden. Im Packhaus kann Janet das Treiben durch ein übergroßes Fenster verfolgen. Sitzt sie an der Schreibmaschine, überwachen uns Kameras. Die Polin Ursula folgt als Nächste, „Arbeit zu langsam“ sei ihr gesagt worden. Sie waren auf eigene Kosten angereist und ihnen sei für sechs Monate Arbeit versprochen worden. „Rumänen sind uns lieber“, gesteht mir James, der studierte Ökonom und Besitzer eines Mietshauses. Kein Wunder, sie unterhalten sich nicht während der Arbeit, gehen nicht zur Toilette, rennen, wenn sie gerufen werden und mupfen nicht auf, weil sie sowieso kein Englisch können. Das kommt der Geldgier der Oldroyds nur zugute. Denn schlecht kann es ihnen nicht gehen. Im letzten Winter waren Janet und Neil auf Karibik-Kreuzfahrt, dieses Jahr soll es nach Californien gehen. In der Infomappe, die im Wohnwagen ausliegt, schreiben sie: „Vergiss nicht: nur die Schnellsten dürfen nächstes Jahr wiederkommen, bemühe Dich und Du darfst Dich zu den Glücklichen zählen!“

Petra Jacob

## Kalte Füße und Frustbeulen

Die ersten Erinnerungen, die ich an meine Kindheit habe, ist der Brand und Wiederaufbau unserer Scheune nebst Viehstall. Als ich die Welt so langsam begreifen lernte und fragte, warum die Scheune eigentlich abgebrannt ist, sagte meine Mutter zu mir, dass mein Vater das Heu zu früh eingefahren hat und es dann heiß wurde und Feuer fing. Mein Vater sagte immer: „Das ist totaler Quatsch, der Blitz hat in die Scheune eingeschlagen.“ Es war wohl an dem Abend über Quickborn kein Gewitter zu sehen, aber vielleicht hatte sich ja doch ein einsamer Blitz in unsere Scheune verirrt. Wer weiß. Im Bericht der Polizei stand dann jedenfalls Heuselbstentzündung als Brandursache.

Wir hatten dann jedenfalls eine neue Scheune und weil in der alten die Bergetechnik fürs Heu mit verbrannt war, gab es jetzt auch neue Erntemaschinen. Papa entschied sich gegen die Meinung sämtlicher Berufskollegen für eine Hochdruckpresse der Firma „Fahr“ anstatt wie alle anderen Bauern eine „Welger“ zu kaufen. Die Presse war nur eine halbe Weiterentwicklung unseres alten Heugebläses, weil sie meist nur jedes zweite Bund zusammenband, was zur Folge hatte, dass die Hälfte lose auf dem Anhänger lag und meine Mutter immer sagte: „Dann hätten wir auch weiter mit dem Gebläse das Heu pusten können.“ Stattdessen hatten wir jetzt ein sechs Meter langes Förderband, was aber nur gebundenes Heu förderte, der Rest musste dann mit der Forke verstaubt werden. Mein Onkel siebten Grades arbeitete damals bei der Firma, von der die Presse damals gekauft wurde. Wenn wir pressten, kam er meist nach Feierabend, um die Presse für einen kurzen Zeit-



## Heuwetter - Regenwetter

punkt zum Laufen zu bringen. Er machte die Klappe auf, unter der die beiden Knoter der Presse eingebaut waren. „Adolf fahr mal ich guck mal, was da ist.“ Ich fand das immer begeistertend, der Knotvorgang dauerte etwa eine Sekunde und Onkel Hans Werner konnte erkennen, woran der Fehler lag. Das wollte ich auch irgendwann können und beschloss, Landmaschinenschlosser zu werden. Später musste ich dann aber feststellen, dass man in der einen Sekunde überhaupt nichts sehen konnte und das Problem mit dem Binden von Hans Werner nicht wirklich behoben werden konnte.

Irgendwann war mein Vater von der scheiß Presse so genervt, dass er, als das Ding wieder nicht lief, einfach so lange gefahren ist, bis der eine Knoter auseinander flog. Leider ging der Neue dann auch nicht besser und schlussendlich musste der Maschinenhändler, der eigentlich Welger Pressen verkauft, das Ding mal in Augenschein nehmen und seitdem, also etwa nach 15 Jahren, lief die Hochdruckpresse einigermaßen. Ein weiterhin spannendes

Feld war die Wetterabschätzung zum Mähtermin. Wetter vier Tage im Voraus Planen ist nicht so ganz einfach. Für meinen Vater war das eine der wenigen Entscheidungen, die mit Oma und meiner Mutter im Konsens gefällt wurden. Die Stimmen der beiden Frauen hatten da besonderes Gewicht, weil wenn das mit der Wetterprognose schief ging, hatte mein Vater nicht die alleinige Verantwortung: Tja und tatsächlich konnte ich mich an einen Fall erinnern, wo das Heu eigentlich schon trocken war und gepresst werden konnte, der Familienrat aber beschloss, nicht mehr damit am Nachmittag anzufangen, sondern es auf den nächsten Tag zu verschieben. Statt Heu zu pressen entspannte man sich für den arbeitsreichen nächsten Tag vorm Fernseher. Während einer Live Fernsehshow hielt der Kameramann einmal nach draußen und zeigte, wie es draußen regnete, nein vielmehr goss. Man, gut das das weit weg ist, dachte mein Vater und ging kurz danach ins Bett. Gegen 5 Uhr morgens war der Regen dann in Quickborn angekommen.

Mein Vater fuhr zur Wiese, um nach dem Heu zu schauen. Auf der Rücktour traf er einen Berufskollegen, der ihm sein Mitleid aussprechen wollte, so wie man das auf dem Dorf so macht: „Man bin ich kaputt, wir haben heute Nacht noch bis um 12 gepresst. Aber noch alles Heu wegbekommen. Habt ihr eures auch noch aufgepresst?“, wohlwissend dass es noch lag, weil seine Wiese genau nebenan lag. Es regnete dann vier Wochen und der erste Schnitt wurde dann mit dem Zweiten im August gemeinsam gepresst. Ich beschloß, als ich den Betrieb übernahm, kein Heu mehr zu werben, sondern nur noch Graspilage zu machen. Einmal haben wir dann doch noch mal Heu gemacht. Diesmal in Rundballen. Zwei Tage nach dem Pressen fuhren wir sie in die Halle, vier Wochen später standen sie mitsamt der Halle in Flammen. Martin Schulz

### Betriebsspiegel:

53 ha Acker,  
27 ha Grünland  
35 Muttersauen  
270 Schweinemastplätze  
Biogasanlage mit 385 KW elektrisch

## Billige Hähnchen konkurrieren auf dem Weltmarkt

Für die exportorientierte europäische Hähnchenwirtschaft ist 2009 weniger auf dem Weltmarkt zu holen und sie verliert Anteile, teilte das US-Landwirtschaftsministerium kürzlich mit. Während die Hähnchenproduktion in der EU-27 2009 um 0,5 Prozent auf 8,6 Millionen Tonnen (kochfertige Ware) steigen soll, sinkt der Export den Prognosen zu Folge im gleichen Zeitraum um 7,4 Prozent auf 685.000 Tonnen. Die Experten in Washington machen den stärkeren Wettbewerbsdruck durch Mäster in Brasilien und den USA dafür verantwortlich, die zu deutlich niedrigeren Kosten produzieren können. Wenn man die Konzerne und Handelsunternehmen lässt, dann kaufen sie da ein, wo es am billigsten ist. *bet*



Widerstand künstlerisch bearbeitet

Foto: Niemann

Kurzes am Rande

## Massentierhaltung und Schweinegrippe

Tierbestände fördern die Entstehung neuer Virenstämme

Nachdem das sogenannte „Schweinegrippe“-Virus zuerst bei einem Jungen aus der Nähe einer riesigen Schweinefarm des US-Fleischmultis Smithfield im mexikanischen La Gloria auftrat, gerät der Zusammenhang zwischen Massentierhaltung und Pandemien verstärkt ins Blickfeld. *Report Mainz* zitiert das weltweit größte klinische Forschungszentrum, das staatliche U.S. National Institutes of Health, das bereits 2006 im Zusammenhang mit dem Virus H1N1 warnte: „Weil die Massentierhaltung dazu neigt, eine große Zahl von Tieren auf engen Raum zu konzentrieren, fördert sie die schnelle Übertragung und Vermischung von Viren.“ Auch der Veterinärepidemiologe Joachim Otte von der UN-Welternährungsorganisation FAO mahnte bereits 2007: „Viren haben eine so kurze Generationszeit, und wenn man halt eine sehr große Zahl von Wirten hat für diese Viren, dann haben sie sozusagen Evolution im Zeitraster, und je mehr Generationen ich habe, desto größer ist natürlich die Wahrscheinlichkeit, dass sich irgendwo eine Mutation durchsetzt, die dann pathogen

sein kann für den Menschen.“ Der US-Biologe Robert G. Wallace beschäftigt sich seit Jahren mit Industrieller Tierproduktion und den Risiken durch veränderte Viren. Für ihn steht fest: „Es ist nicht H1N1, über das wir uns Sorgen machen. Es ist der Prozess, in dem sich weniger ansteckende Grippeviren zu hochansteckenden entwickeln. Und dieser Prozess wird im wesentlichen vorangetrieben, indem man Hunderttausende Stück Geflügel oder Schweine zusammenpfercht.“ Laut National Institutes of Health „besteht die Sorge, dass eine Erhöhung der Zahl von Schweineanlagen in der Nachbarschaft zu Geflügelanlagen die Entwicklung der nächsten Pandemie weiter vorantreiben könnte.“ *Report* weist in diesem Zusammenhang auf Agrarfabriken hin wie die 65.000er-Schweineanlage in Sandbeien-dorf (Sachsen-Anhalt), ebenso auf Bad Kleinen, wo eine Mastanlage für 62.000 Schweine (WULFA) nur wenige hundert Meter entfernt ist von einem „gigantischen Geflügelhaltungsbetrieb für Hunderttausende Tiere“ (WIMEX).

en

## Die größten Massentierhalter

### Sauenhalter

(vorhandene plus geplante Sauen-Zahl jeweils ohne Ferkel-Zahl, geschätzt, zumeist mehrere weitere Standorte)

01. Adrian Straathof, Gladau, Binde u.a. 32.000
02. Harry van Gennip, Sandbeien-dorf 10.000
03. ZNVG eG, Neumünster 10.000
04. Einer Schweinezucht (Südoldenburg) 10.000
05. Henry van Asten/Suimax, Nordhausen 9.500
06. RVV Twistringgen eG, Pinnow 9.000
07. WULFA Dinklage und Losten 7.500
08. Aksel und Per Kirketerp, Thiemendorf 7.000
09. Johannes Maria Straathof, Tönchow 7.000
10. Sönke Schmidt/SAZA, Großkayna 6.500
11. Gebr. van Nooren, Allstedt 6.500
12. Gruppe Woestmann, Wallhausen 5.600
13. H. H. Oberhoff, Zwethau, Packisch 5.500
14. Luc Poels, Alkersleben 5.000
15. Gebr. van Genugten/Pelapro, Wellaune 5.000
16. Kläne Menke, Cloppenburg 5.000
17. Gut Kleinwanzleben (Isermeyer u.a.) 5.000
18. Leon-Filip Verschelde/BLF, Bernitt 4.500
19. Gebr. van Dijck, Nuthe-Urstromtal 4.000
20. Gebr. van der Velde, Tarthun 4.000
21. Frdr.+J. Ahlers, Wildeshs. u. Prignitz 4.000
22. Grundkötter/AWF Soest, Kuchelmiss 4.000
23. Steutzer Tierzucht (Riphagen) 3.400 in D, NL, ES
24. „Ökol. Agrar- und Biopark“, Zerbst 3.000
25. Zuchtanlage Penkun 2.900
26. „Rittergut“ Stresow 2.500
27. Schweineproduktion Burkersdorf 2.400
28. Kruse/Broermann, Calbe, Pömmelte 2.000
29. Gebr. Willemsen, Langenreichenbach 2.000
30. Drewitzer/Fläminger Sauenhaltung 2.000

Anm.: Axel Kirketerp ist an der polnischen Poldanor (18.000 Sauen) beteiligt und an der ukrainischen Danosha (10.000 Sauen, 140.000 Mast-schweine).  
Harry v. Gennip soll auch in Weißrussland und in der Ukraine aktiv sein.

### Schweinemäster

(vorhandene plus geplante Mastschweineplätze, geschätzt, z.T. an weiteren Standorten)

01. Adrian Straathof, Medow, Fahrbinde 100.000
02. E. Arts und M. Bolder/Bolarts, Vetschau 70.000
03. S. Schmidt/SAZA „Großkayna, Sietzsch 43.000
04. Kronseder/Saatzucht Steinach, Ballin 35.000
05. Leon und Erick van Dijck, Nuthe, Düben 28.000
06. „Ökol. Agrar- und Biopark“, Zerbst 25.000
07. Frdr. u. Jörg Ahlers, Wildeshausen 25.000
08. WULFA-Mast, Dinklage und Losten 24.000
09. Agrarunternehmen Barnstädt eG 22.000
10. Berend und Ako van der Velde, Tarthun 20.000
11. Harry v. Gennip, Hassleben, Gerbisbach 20.000
12. Jan und Mari van Genugten, Zollchow 20.000
13. Henry van Asten/Suimax, Nordhausen 20.000
14. Schweinemastanlage Todendorf eG 20.000
15. Anlage Mönchpiffel bei Allstedt 20.000
16. Fam. Osterhuber, Oschätzchen/Prieschka 19.000
17. Agrar-Service, Stremmen bei Riesa 17.500
18. Anlage Loburg 17.500
19. Voetdijk Liemershof, Ohrleben 16.800
20. Schweinemast Zachun (v. Pöpcke) 16.500
21. Poels Mastschweine, Rippershausen 14.500
22. Jos u. Sjaak van Nooren, Weickelsdorf 14.000
23. Johannes M. Straathof, Wendisch Priborn 13.000
24. Gruppe Woestmann, Wallhausen 12.000
25. Mastanlage Walow 12.000
26. MFP Wanzleben-Blumenberg 12.000
27. Gebr. Dobbe, Kl.Ziethen, Ferkelaufzucht 11.000
28. Thiermann GmbH, Kirchdorf (Nds.) 11.000
29. L.F.Verschelde/BLF/Genesis, Bernitt 10.000
30. Gebr. Kirketerp, Thiemendorf 10.000
31. Schweinemastanlage Hermstorf 10.000
32. Alboco GmbH, Hecklingen 9.000
33. Kläne Menke, Düenkamp, Felgentreu 8.500
34. Mastanlage Dargelütz 8.800
35. Mastanlage Kassow 8.200
36. Gebr. Willemsen Langenreichenbach 8.000
37. Fam. Rethmann, Gut Kobrow/Sternberg 7.000
38. Schweineproduktion Burkersdorf 7.000
39. Broermann/Kruse, Calbe und Pömmelte 6.000
40. Grundkötter bzw. AWF Soest, Kuchelmiß 5.500

Anm.: BOLART ist beteiligt an Großanlagen in Ungarn (Cano),  
Kronseder hat in USA 65.000 Sauen

en

## Lebenswerte ostdeutsche Regionen oder menschenleere Agrarsteppe?

AbL-Fachtagung „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ am 19. Mai in Berlin

Laut Professor Dr. Klaus Schröder, Leiter des Forschungsverbunds SED-Staat der FU Berlin, hat die deutsche Einheit die Gesellschaft in Ost und West verändert. Die schnelle Angleichung der Währungen führte zur Zerschlagung großer Teile der DDR-Wirtschaft, die hohen Geldtransfers aber gleichzeitig zur weitgehenden Angleichung der Haushalteinkommen. Die Einkommens-Differenzen innerhalb der einzelnen Bundesländer und Regionen seien heute wesentlich gravierender als die publizistisch herausgestellten Ost-West-Unterschiede. Gewinner der Einheit seien neben den ehemaligen LPG-Kadern und den Staatsbediensteten vor allem die Beschäftigten des Ministeriums für Staatssicherheit (Stasi), die sich schon früh auf die sich anbahnende „Wende“ vorbereiteten – mit der Privatisierung von Geld, Immobilien oder Fahrzeugen. Die Geldvermögens-Verteilung sei in der DDR – abgesehen vom Fehlen der Superreichen – ohnehin ähnlich ungleich wie im Westen gewesen (10% besaßen 60% des Geldes).

### Neueinrichter chancenlos

Große Ost-West-Unterschiede in der Agrarstruktur belegte Dr. Jörg Gerke, Landwirt und Autor des Buches „Das ostdeutsche Agrarkartell“, anhand der Großmastanlagen oder der Konzentration von Gentechnik-Flächen im Osten. Obwohl die ostdeutschen LPG-Nachfolgebetriebe angeblich wettbewerbsfähig für den Weltmarkt seien, würden fast alle – im Gegensatz zu westdeutschen Betrieben oder Ost-Familienbetrieben – ohne die EU-Flächenprämien massive Verluste schreiben. Und dies, obwohl ihnen die Treuhand gezielt, langfristig und billig 50 bis 70% der ostdeutschen Flächen verpachtet bzw. verkauft habe – unter bewusstem Ausschluss von privaten Neu- oder Wiedereinrichtern und unter massivem Betrug an den vorherigen LPG-Mitgliedern bei der „Vermögensauseinandersetzung“.

### Immer mehr Megaställe

AbL-Agrarindustrie-Experte Eckehard Niemann belegte den Aufbau von Agrarfabriken in Ostdeutschland anhand der Prozentanteile von Mast Schweinen in Anlagen mit 2.000 bis 5.000 Plätzen bzw. in Anlagen mit mehr als 5.000 Plätzen in den einzelnen Bundesländern im Jahre 2007: Mecklenburg-Vorpommern 17 bzw. 48%, Sachsen-Anhalt 22 bzw. 47%, Thüringen 11 bzw. 24%, Sachsen 29 bzw. 28% (Brandenburg: Schweine über 2000 Plätze: 86%). Der Anteil der

Sauen in Beständen mit mehr als 500 Sauen liegt in allen ostdeutschen Bundesländern über 80%. Diese Zahlen verschleiern aber immer noch die laufende Konzentration der Schweine in Mega-Anlagen mit Zigtausenden von Tieren (siehe Tabellen). Die Investoren stammen aus Westdeutschland, aus Dänemark und vor allem aus den Niederlanden, wo die Großhalter nicht mehr mit den dortigen Umweltvorgaben zurecht kommen, sich vom Staat rauskaufen lassen und mit diesen Geldern dann Riesen-Anlagen auf den Trümmern der ehemaligen DDR-Agrarfabriken oder auch in Osteuropa bauen. Offenbar stehen hinter Investoren wie Straathof oder van Gennip mit deren Investitionen von 40 Millio-

markt orientiert, sondern am EU-Bedarf mit fairen Erzeugerpreisen.

An der Zerstörung von bäuerlicher Landwirtschaft und von Natur würden riesige Summen verdient, so der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. Anders als die Milchbauern leisteten die meisten Schweinehalter keinen Widerstand dagegen, aber AbL, Bioverbände, Neuland und andere Markenfleischprogramme setzten auch in diesem Bereich gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Bündnispartnern einen neuen Trend. Ziel müsse es sein, dass die Bauern eigenständig am Markt agierten und sich eine Marktmacht aufbauen könnten, mit einer Vorwärtskalkulation, die von den eigenen Kosten ausgeht und ent-

soll auch über Aktionen, z. B. bei der „Grünen Woche“, beraten werden.

Thomas Volpers und Ernst Pries berichteten vom Widerstand gegen die geplante Massentierhaltung in Hassleben. Sie beklagten die unzureichenden rechtlichen Mittel und forderten bessere gesetzliche Regelungen, die den Bürgerinitiativen mehr Chancen auf Verhinderung eröffnen.

### Neuland als Vorbild

Bauer Helmut Peters berichtete über die artgerechte Haltung mit betrieblichen Tierzahl-Obergrenzen, heimischem und betriebseigenem Futter, mit Bewegung, Platz, Auslauf, Stroh, Licht und Betreuung der Tiere und längerer Säugezeit der Ferkel. Das Verbot des Kupierens von



Kreativ und engagiert gegen geplante Megaställe

Foto: Niemann

nen Euro große Futtermittel- und Zuchtkonzerne wie Nutreco-Hendrix-Hypor.

Hubert Weiger (BUND) forderte für West- wie Ostdeutschland eine zukunftsfähige bäuerliche Agrarstruktur: mit Regionalität, Vielfalt, Kreislaufwirtschaft, flächengebundener Tierhaltung, Generationendenken, Arbeitsplätzen und Einkommen durch umwelt- und tierfreundliche Verfahren. Das Agrarbündnis habe auf dem Weg dorthin bereits wichtige Erfolge erzielt, jetzt müsse man sich massiv einmischen in die Entscheidungen zur EU-Agrarpolitik nach 2013, in die Umverteilung der Gelder zugunsten einer multifunktionalen Landwirtschaft – für eine Landwirtschaft, die sich nicht am Welt-

sprechend höhere Preise durchsetzt. Diesen Weg würden die gesellschaftlichen Bündnispartner unterstützen.

### Die Bewegung schläft nicht

Jörg Kröger setzt sich mit einer Bürgerinitiative gegen die 10.000er-Sauen-Anlage Straathofs in Alt-Tellin dafür ein, dass die touristischen Arbeitsplätze in der Region nicht durch diese Agrarfabrik wieder zerstört werden. Er schlug vor, die Vernetzung der vielen Bürgerinitiativen gegen solche Anlagen nunmehr auf das Ziel hin zu konkretisieren, im nächsten Jahr gemeinsam mit vielen gesellschaftlichen Gruppen eine Großdemonstration zu organisieren. Ein erstes Treffen zur Vorbereitung wird im September stattfinden. Dort

Schweineschwänze würde einer solchen stressfreien Haltung nichts ausmachen, wohl aber allen agrarindustriellen Haltern wegen des stressbedingten Schwänze-Beissens existenzielle Probleme bereiten. Eine bäuerliche Landwirtschaft bedeute eine enge Verbindung mit Hof, Natur und Heimat, Verantwortung für Tiere, Denken in Generationen, Leben und Arbeiten in Sozialbeziehungen, ausreichendes Einkommen, nachhaltigen Bestand von Arbeitsplätzen und Höfen anstelle eines Strebens nach kurzfristiger Maximalrendite. Eine solche Landwirtschaft und eine solche Tierhaltung brauche jetzt die Unterstützung der Verbraucher beim täglichen Einkauf.

en

## Entscheidungen aus Absurdistan

Warum eine Kartoffel verboten und zwei erlaubt werden

Ob es am Ende wahlentscheidend war, ob Kartoffeln oder Mais oder beides oder gar nichts auf bestimmten Äckern in Deutschland gewachsen sind, wird sich kaum noch nachvollziehen lassen. Aber allein die Tatsache, dass den Feldfrüchten eine wahlentscheidende Wirkung zugesprochen wurde – wenn auch nur hinter verschlossenen Türen – macht deutlich, welches Interesse in der Bevölkerung und welche Macht der Bewegung in dem Thema Gentechnik auf dem Acker inzwischen steckt. Wissenschaftlich lässt sich jedenfalls nicht begründen, warum Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) gentechnisch veränderten Monsanto-Mais und die sogenannte Cholera-Kartoffel für den Anbau bzw. als Freisetzungsvorhaben verboten, zwei andere gentechnisch veränderte Kartoffellinien und vor allem aber die gentechnisch mehr Stärke produzierende Amflora hingegen zuließ. Andreas Bauer vom Umweltinstitut in Freiburg formu-

liert es ganz offen: „Das stinkt nach einem Deal.“ Im Fall der Kartoffeln war es nun so, dass drei Linien angemeldet wurden: die eine mit einem Gen des Cholera-Bakteriums mit der Idee der Impfstoffherstellung, eine andere mit einem Gen, das einen Impfstoff gegen eine Kaninchenseuche, sowie die dritte, die einen Grundstoff zur Plastikherstellung produzieren soll. Der Antragsteller, die Universität in Rostock, hatte schließlich im Vorfeld angekündigt, die Cholera-Kartoffel gar nicht anbauen zu wollen. Daraufhin beschied die Genehmigungsbehörde – das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) – dass die Cholera-Kartoffel nicht freigesetzt werden dürfe, die beiden anderen Linien aber schon.

### Chefsache Gentechnik

„Es ist ganz offensichtlich, dass das BVL vom Ministerium Stück für Stück in den Gentechnikentscheidungen entmachtet wurde“, so Andreas Bauer.

Das BVL hätte wohl alle Anträge positiv für die Antragsteller beschieden. Die Ministerin hingegen hat wohl dosiert immer mal der einen, dann wieder mal der anderen Seite einen Brocken hingeworfen, um möglichst alle ruhig zu stellen. Erst eins für die Bewegung mit dem Verbot des Genmais MON 810 dann eins für die Industrie, die die Amflora anbauen will. Dann für beide ein Häppchen, vermeintlich jedenfalls, mit dem Verbot der einen und der Zulassung der anderen Kartoffellinien. Die werden nun im berüchtigten Agrobiotechnikum in Mecklenburg-Vorpommern unter Einsatz standorterhaltender Fördermillionen aus dem Bundesforschungsministerium angebaut, obwohl sich die Wissenschaft sehr uneinig darüber ist, ob denn diese Kartoffellinien überhaupt eine Daseinsberechtigung haben. Die an Freisetzungen in Deutschland beteiligten Firmen, u. a. BASF und Syngenta, wollen mit ihrem Engagement auch austesten, ob man

am Standort Deutschland überhaupt noch Genpflanzen groß kriegt. Deshalb findet eine Konzentration auf wenige Standorte statt, das meiste wächst neben dem mit leeren Laboren und fehlenden Investoren kämpfenden Biotechnologiestandort Groß Lüsewitz im sogenannten Schaugarten im sachsenanhaltinischen Üplingen. Dorthin hatten sich die Firmen verzogen, seitdem aufgrund der massiven Proteste die Genbank in Gatersleben zu einer no-go-area für Gentechnik geworden ist und dort nur noch in geringem Umfang damit experimentiert wird. Die Lehre aus den ganzen Absurditäten von Wahlkampf, Pseudowissenschaft und Machtzerre um die Gentechnik kann nur lauten: Druck aufrechterhalten, sich nicht verwirren lassen und die Erfolge feiern. Wenn auch die Gentechnik nicht sicher ist, eins ist es doch: Bewegung kann was bewegen!

cs

## Das Reinheitsgebot gegen die Gentechnik

Stralsunder Brauerei protestiert gegen Freisetzung von Gengerste vor der Haustür

Am „Tag des deutschen Bieres“ Ende April war die Welt noch in Ordnung. Eine strahlende Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner wurde zur „Botschafterin des Bieres 2009“ gekürt und verlieh ihrerseits der Stralsunder Brauerei den Ehrenpreis der deutschen Ernährungswirtschaft für ihre Braukunst. Zwei Wochen und ein Genmaisverbot später genehmigte die zuständige Behörde, das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), einen Freisetzungsvorhaben mit gentechnisch veränderter Gerste in Mecklenburg Vorpommern, vor der Haustür der Stralsunder Brauerei gewissermaßen. Anlass genug für Markus Berberich, den Brauerei-Geschäftsführer, der Bierbotschafterin und Ministerin ihren Ehrenpreis zurückzugeben. Der Preis sei nichts mehr wert, stünde doch die Genehmigung der Freisetzung in krassstem Widerspruch zu den Aussagen der Ministerin, die bei der Preisverleihung noch das deutsche Reinheitsgebot als höchstes Gut der hiesigen Braukultur gepriesen habe, lässt die Brauerei in einer Pressemitteilung ver-

lauten. Geschäftsführer Berberich sagt es deutlich: „Die grüne Gentechnik gefährdet uns, eine Ausbreitung ist nicht reversibel und wir wollen das Problem nicht haben.“ Hinzu käme, dass man die Verbraucher nicht verunsichern wolle. Die würden sich auf eins der ältesten Lebensmittelgesetze der Welt verlassen, wenn sie nach dem deutschen Reinheitsgebot gebrautes Bier trinken. Des-

ter den großen internationalen Brauereikon- zernen eine gewisse Zurückhaltung, was das Thema angeht, so Berberich, aber dagegen stellen sie sich auch dort niemand. Gentechnik ist somit im Brauereisektor alles andere als Symbol des Fortschritts und Wirtschaftsförderungsinstrument – entgegen den Darstellungen von Gentechnikbefürwortern.

### Zweifelhafter Versuch

Umso überflüssiger erscheint somit jener umstrittene Gersten-Freisetzungsvorhaben. Federführend ist die Universität Gießen, die aufgrund der großen Proteste in der hessischen Heimat den dritten Durchlauf nun in die als weniger widerständig vermutete norddeutsche Tiefebene verlegt hat. Die heftigen Reaktionen in Hessen haben auch damit zu tun, dass verschiedene Details des Versuches auf Unverständnis gestoßen sind. So geht es um eine Pilzresi-

stanz und um eine bessere Verwertbarkeit als Futter wie auch als Braugerste durch den Einbau eines Bakteriums. Offiziell wird der Versuch als Sicherheitsforschung angegeben und erhält so deklariert Finanzmittel aus dem Bundesforschungsministerium. Aufgrund der Versuchsanlage gehen Kritiker allerdings davon aus, dass doch die Entwicklung neuer Produkte und Methoden im Vordergrund steht und hatten deshalb Strafanzeigen gegen die Versuchsleitung eingereicht. Hinzu kommt, dass die Sicherheitsauflagen in der Vergangenheit nicht eingehalten wurden, der vorgeschriebene Mäuseschutzzaun nicht gezogen wurde. Mehrmals konnte gentechnisch veränderte Gerste außerhalb der Versuchsfläche gefunden werden. Alles in allem sieht gerade dieser Versuch mehr wie einer aus, der die Gentechnik zufällig unzufällig nicht rückholbar in der Natur platzieren soll, als denn wie ernsthafte Züchtungsforschung. Diese lässt sich am ältesten Kulturgetreide der Menschheit wirtschaftlich gestalten, ohne dass es die Gentechnik braucht beziehungsweise – das beweist die Reaktion der Bierbrauer – die Abstinenz von Gentechnik ist hier für den Produkterfolg sogar zwingend notwendig.

cs



Foto: Rosepikello

## Mit Patenten zur weltweiten Kontrolle der Lebensmittel

Der Schutz von innovativen Erfindungen verkommt zu einem Instrument der Gewinnmaximierung

Mit Daniel Düsentrub fing alles an. Der geniale Erfinder aus Entenhausen hat noch immer eine technische Lösung gefunden. Von der Denkkappe über die Zeitsonde bis zu seinem kleinen Glühbirnenroboter „Helferlein“. Wer wollte ihm das Recht an der Erfindung streitig machen? Niemand. Es gibt neben ihm keinen anderen Erfinder. Der Mann besitzt ein Monopol. Einen Markt indes gibt es für seine kuriosen Auftrags-erfindungen, Unikate und Einzelstücke aber auch nicht. Doch die Welt ist kein Comic. Und in der Realität zählt nicht allein die Erfindung, sondern der Umsatz, der mit ihr zu machen ist.

Beginnt man seine Überlegungen also beim Umsatz und stellt die Erfindung hinten an, kann man in aller Ruhe unterschiedliche Betätigungsfelder ob ihres Gewinnpotentials vergleichend betrachten. Dem Analysten wird schnell bewusst werden, dass Nahrungsmittel eine nahezu unübertroffene, nie versiegende Einkommensquelle garantieren. Es muss allerdings an zentraler Stelle eine Schlüsselposition zu besetzen, die nicht zu umgehen ist und von der aus es gelingt, Preise zu kontrollieren.

### Getreide

Schon seit ca. einem halben Jahrhundert agiert das US-amerikanische Agrarunternehmen Cargill nach dieser Prämisse. Groß geworden im Getreidehandel der USA waren die Manager bestrebt, ihren Einfluss auszudehnen. Überall auf der Welt entwickelte das Unternehmen in den vergangenen 50 Jahren intensive Handelsstrukturen. Dabei orientierte man sich vor allem an den landwirtschaftlich relevanten Standortfaktoren. Überall, wo Getreideanbau möglich war, und damit potentielle Handelspartner zu erwarten waren, engagierte sich Cargill. Unabhängig von Grenzen und politischen Strukturen. Wohlwissend dass sich beides, auch unter dem Einfluss des Unternehmens, verändern kann. Die Tatsache, dass Getreide als Grundnahrungsmittel der Menschheit immer nachgefragt werden wird, offenbart die „Genialität“ dieser Überlegungen. Allerdings könnte sich die Strategie des inzwischen weltweit aktiven und vernetzten Unternehmens bald überholt haben.

Die neue Idee heißt nicht mehr zentrale Markt- oder Handelspositionen zu besetzen, sondern den direkten Zugriff auf die gesamten Handelskette zu sichern. Diesen Schluss jedenfalls legt die

Studie „Saatgut und Lebensmittel, Zunehmende Monopolisierung durch Patente und Marktkonzentration“ nahe. Die zentrale Neuerung des Vorgehens ist es, mit Hilfe von Patenten die Nutzung von Pflanzen und Tieren, vom Samenkorn oder der Eizelle bis Konsum durch den Verbraucher steuern zu können.

Ein Beispiel ist das Patent auf Brokkoli (EP 1069819), das derzeit als Präzedenzfall (G2/07) am Europäischen Patentamt verhandelt wird. Die Reichweite dieses Patents erstreckt sich nicht nur auf Saatgut und Pflanzen, sondern auch auf die essbaren Teile der Pflanze. Dass eine Patentierung von Lebewesen, also Pflanzen und Tieren, überhaupt möglich wird liegt in der wenig eindeutigen Definition innerhalb der unterschiedlichen Rechtsverordnungen begründet.

Zwar schließt das deutsche Patentrecht von 1877 den Bereich der Ernährung und der medizinischen Versorgung der Bevölkerung aus sozialpolitischen Motiven aus. Allerdings kannten die Verfasser damals weder biotechnologische Verfahren, noch war ihnen die Vielschichtigkeit nationaler, europäischer und internationaler Gesetzgebung des 21. Jahrhunderts bekannt.

Denn die Patentierung von Lebewesen ist nicht grundsätzlich verboten. Zwar stellt das Europäische Patentübereinkommen (EPÜ) in Artikel 53 fest, dass Patente nicht auf Pflanzensorten oder Tierarten sowie für im Wesentlichen biologische Verfahren zur Züchtung von Pflanzen oder Tieren erteilt werden können, schränkt jedoch unmittelbar ein, dass diese Vorschrift nicht auf mikrobiologische Verfahren und auf die mit Hilfe dieser Verfahren gewonnenen Erzeugnisse anzuwenden sei. Auch die dem EPÜ nachgeordnete Biopatentrichtlinie lässt unzählige Möglichkeiten offen, um Lebewesen zu patentieren.

### Return of Investment

Warum Patente für die Unternehmen wichtig sind machte ein Vertreter des Unternehmens BASF in einer Anhörung des Rechtsausschusses des deutschen Bundestages deutlich: Im Gegensatz zum Sortenschutz können die Unternehmen in Folge der Patente nicht nur eine Sorte mit ihrem patentierten Konstrukt versehen, sondern sie haben die Möglichkeit, dieses gleich bei allen Sorten der jeweiligen Pflanze einzubauen. Der BASF-Vertreter führte weiter aus, „dass der Sortenschutz den jeweiligen Unternehmen keine adäquate Verwer-

tung ihres Investments gewährt“. Vor diesem Hintergrund erscheint es nur konsequent, wenn sich der Patentschutz nicht allein auf das Saatgut, sondern eben auch auf das Produkt und dessen Verarbeitung erstreckt.

### Patentflut

Die Entdeckung, dass es mit Hilfe von Patenten möglich ist, Abhängigkeiten zu schaffen und Märkte zu kontrollieren, hat offenbar beim Europäischen Patentamt in den vergangenen Jahren zu einem enormen Anstieg der eingereichten Patentanträge geführt. Experten stützen diese Vermutung durch die Feststellung, dass zwar die Zahl der Patentanträge steigt, aber die erfindnerischen Leistungen zurück gehen. Auch reagiert das europäische Patentamt sei-

Anhörung des Rechtsausschusses des deutschen Bundestages Anfang Mai schnell deutlich wurde, dass ein Europäisches Patentamt nur sehr bedingt mit nationalen Gesetzesänderungen zu kontrollieren ist. Notwendig sei hierfür, so Prof. Fritz Dolder von der ETH Zürich, vielmehr eine Änderung der Biopatentrichtlinie bzw. des Europäischen Patentübereinkommens.

Dabei birgt eine Überarbeitung immer auch die Gefahr einer Verschlechterung der Ist-Situation. Allerdings hat Deutschland in dieser Frage einen besonderen Einfluss, so dass die aus Berlin kommenden Signale bei anderen EU-Ländern eine besonderer Wahrnehmung erfahren dürften. Darüber hinaus haben Italien, Norwegen und die Niederlande vor dem Europäischen Ge-



Patente auf Leben bedrohen die Freiheit von Landwirten und Verbrauchern Foto: Nürnberger

nerseits und möchte die Anforderungshürde, insbesondere der erfindnerischen Standards, die zur Erteilung führen, anheben.

Das hierbei in Bezug auf die Patentierung von Lebewesen vor dem Hintergrund der massiven wirtschaftlichen Interessen weniger international agierender Unternehmen mit gut laufenden Lobbynetzwerken eine für den Landwirt, den Züchter oder den Verbraucher befriedigende Lösung quasi aus dem System selbst heraus entsteht, darf bezweifelt werden.

Um so erfreulicher ist es, dass sich die Politik intensiver mit der Thematik auseinandersetzt. Auch wenn bei der

richtshof gegen die Biopatentrichtlinie geklagt, weil ihnen deren Interpretationsspielraum zu groß ist und Frankreich folgt, zumindest bei menschlichen Genen, einem nationalen Ansatz.

Wenn Landwirte, Züchter, Verbraucher und Politiker nicht nur dabei zusehen wollen, wie das Europäische Patentamt als demokratisch nicht kontrollierte Behörde sich seine eigenen Regeln setzt und damit die Nahrungsmittel nach und nach der Allgemeinheit entzieht, dann gilt es schnell zu handeln, um die eindeutige, verbindliche Vorgabe durchzusetzen: Kein Patent auf Leben!

## Risikoanfällig

Der US-Konzern Monsanto hat seine neuen Umsatzzahlen für die ersten 6 Monate des Jahres 2009 bekannt gegeben. Die Umsätze entfallen auf wenige Bereiche, sind also recht risikoanfällig: Von den 6,7 Mrd. Dollar macht der Bereich „Agrarproduktivität“ mit Schwerpunkt Glyphosat-Herbiziden 2,1 Mrd. und der Bereich gentechnisch verändertes Saatgut ca. 3,9 Mrd. Dollar (Mais 2,7 Mrd., Soja 0,8 Mrd. und Gemüse 0,4 Mrd.) *pm*

## Runder Tisch Gentechnik mit Ecken

„Eigentlich hätte man sich einen Dialog vorgestellt, bei dem alle Positionen zur Agro-Gentechnik zu Wort kommen und der die vorhandene Kompetenz auch dann nutzt, wenn sie kritisch zu dieser Technologie steht. Das war aber überhaupt nicht der Fall“, so äußerte sich Felix Prinz zu Löwenstein, der als Vorsitzender des Bundes ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) zum Runden Tisch Pflanzengenetik von Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) und Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) nach Berlin eingeladen war. Er war eine der ganz wenigen gentechnisch kritischen Stimmen, die am Tisch gesessen haben. Trotzdem begrüßte er die geplante Fortsetzung der Gespräche, bei der es um die künftige Ausrichtung landwirtschaftlicher Forschung gehen soll. Komme dabei eine gleiche Gewichtung verschiedener Systeme heraus, beteilige sich der Ökolandbau gerne an der Diskussion, so Löwenstein. *cs*

## Genmais bleibt verboten

Vor dem Verwaltungsgericht Braunschweig hat das Verbot des Genmaises Mon 810 Bestand. In einem Eilverfahren, das Genmais-Produzent Monsanto angestrengt hatte, urteilten die Richter, dass die zuständige Zulassungsbehörde, das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) ordnungsgemäß gehandelt hat, als es das Verbot von Mon 810 veranlasste. Unterdessen verfassten eine Reihe gentechnikfreundlicher Verbände eine „Branchenstellungnahme zur Gentechnikpolitik der Bundesregierung“, in der sie ihrer Besorgnis über die momentan gentechnisch kritische Stimmung der Politik Ausdruck verleiht. Unterzeichner sind unter anderem die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft e.V. (DLG) und die Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft e.V. (FNL). *cs*

## Bistum Fulda gentechnikfrei

Die katholische Kirche hat für das Bistum Fulda beschlossen, dass auf den kircheneigenen Flächen keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden dürfen. Der Musterpachtvertrag wurde entsprechend geändert, vermeldet der *Bonifatiusbote*, die Kirchenzeitung für das Bistum. Es sei auch ein „Signal gegen die Abhängigkeit von großen Konzernen“, so der Generalvikar Gerhard Stanke. *cs*

## Genmais ausgesät

In drei Bundesländern haben Landwirte unwissentlich gentechnisch verunreinigtes Maissaatgut ausgesät, welches nicht zum Anbau zugelassen ist. Auf insgesamt 170 Hektar in Baden-Württemberg und 100 Hektar in Rheinland-Pfalz wurde das kontaminierte Saatgut mit der GV-Maislinie NK 603 durch eine jährlich stattfindende Kontrolle festgestellt. Auch in Hessen wurde auf vier Hektar die Maissorte „PR39F58“ des US-Herstellers Pioneer ausgesät. Darin wurden Spuren von vier nicht zugelassenen GVO-Maissorten gefunden. Wie das Saatgut in Verkehr gebracht wurde, ist unbekannt. Die Behörden empfehlen den betroffenen Bauern lediglich, die aufgelaufenen Maispflanzen umzubrechen und eine Neuaussaat vorzunehmen. Andernfalls akzeptieren sie die Verwertung des Ernteguts in einer Biogasanlage unter der Voraussetzung, dass die Nachbarn der Betriebe ihre Zustimmung dazu geben. Als Begründung für Ihre Maßnahmen geben sie an, dass eine Pollenübertragung auf Nachbarbestände nach den „Koexistenzversuchen“ unwahrscheinlich ist. Kontrolliert werden die Einhaltung der Selbstverpflichtungserklärung von den jeweiligen staatlichen Behörden. Bei Nichteinhaltung drohen den Landwirten gesetzliche Maßnahmen wie Bußgelder oder Ersatzzahlungen. Für Schadenersatzzahlungen an die Landwirte sind die Länder nicht zuständig, das müssten die Landwirte mit den Saatgutherstellern klären, so das Ministerium für Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz. *mh*

Kurzes am Rande

## Auf der Suche nach dem Schlupfloch

Mit massiven Repressionen setzen die Behörden Landwirte unter Druck

Den offiziellen Zahlen zufolge sind die meisten Landwirte der Impfverpflichtung im Rahmen der Blauzungeninfektion nachgekommen. Viele mit einem unguten Gefühl. Offiziell ist die Impfung nach wie vor ein großer Erfolg, betonen die Vertreter der Ministerien und des Friedrich-Löffler-Instituts, das für die wissenschaftliche Begleitung zuständig ist.

Nach Aussage des Staatssekretärs Müller aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium wurden in diesem Jahr nur 117 Fälle gezählt, was lediglich fünf Prozent der Erkrankungen im Vorjahreszeitraum entspricht. „Diese Daten belegen den vollen Erfolg der Impfstrategie“, so Müller.



Gesund und glücklich

Foto: Bouda/pixelio

### Negative Erfahrungen

Hört man sich bei den Landwirten um, kommen schnell Zweifel. Viele berichten von vermehrten Verkälfungen, vorübergehender Sterilität bei den Bullen, erhöhten Zellzahlen bis hin zu Todesfällen. Eine Reaktion von offizieller Seite bleibt aus. Dass die individuellen Beobachtungen der Landwirte wissenschaftlichen Standards nicht immer genügen, liegt in der Natur der Sache. Trotzdem muss man davon ausgehen, dass die Bauern, die ihre Tiere Tag täglich sehen und über viele Jahre kennen, Veränderungen als erste mitbekommen, auch wenn diese nicht immer minutiös dokumentiert werden. Dass von Seiten des Landwirtschaftsministeriums kein Bedarf für eine begleitende Untersuchung sowie ein Fachgespräch unter Beteiligung der Betroffenen gesehen wird machte Staatssekretär Gerd Lindemann schon zu Beginn des Jahres deutlich. Die Bäuerinnen und Bauern bleiben mit der Situation meist allein. Vor allem wenn die Tiere nicht geimpft werden sollen, finden sich die Familien schnell in einer Auseinandersetzung mit den Behörden wieder. Der Behördenapparat erhöht dann schrittweise den

Druck. Von der Androhung von Beugehaft bis zur Kontensperrung reichen die Zwangsmittel.

Dabei zeigt sich längst, dass auf Seiten der Politik nach einem eleganten Ausweg gesucht wird. Der bayerische Umweltminister Söder versucht, sich selbst aus der Schusslinie zu nehmen, indem er es den Landräten offiziell frei stellt, wie sie die „Verstöße“ ahnden. Hinter verschlossenen Türen allerdings, so ist zu hören, wurden die Landräte angewiesen, den Vollzug zu garantieren. So manch ein Kommunalpolitiker kommt dadurch in arge Bedrängnis. Landrat hier, Lohnunternehmer da – da verdirbt man es sich ungerne mit seiner Kundschaft.

Neben der reinen Weigerung bleibt immer auch der Weg der Klage vor Gericht. Die bisherigen Verfahren zielen dabei vorrangig darauf ab, eine betriebsindividuelle Lösung zu finden. So ist eine Impfung beispielsweise dann ausgeschlossen, wenn durch sie Gefahr für Leib und Leben besteht. Ihre Kälber beschützende Mutterkühe könnten dann ein Grund sein, nicht zu impfen.

### Grundsätzlich zu hinterfragen

Für die breite Masse wäre es dagegen von Interesse, wenn die grundsätzliche Recht- und Verhältnismäßigkeit einer verpflichtenden Impfung beantwortet würde. Nach wie vor ist ungeklärt, wie in Zukunft mit dem Blauzungenenerger umgegangen werden soll. Derzeit kursieren in Europa sieben verschiedene Stämme der Erregers. Das erklärte Ziel der Epidemiologen ist es, den Virus komplett auszurotten. Von Kritikern jedoch wird dieser Weg als unrealistisch bezeichnet. Die Erfahrungen mit zahlreichen andern Krankheitserregern, eingeschleppten Pflanzen und Tieren zeigen, dass die Erfolgsaussichten dieser Strategie minimal sind. Offen ist auch, ob es in den kommenden Jahren eine weitere finanzielle Übernahme der Kosten für die Impfung geben wird. Die europäische Union jedenfalls zahlt nur in Notsituationen. Dass die Kosten schon jetzt – deutliche Erhöhungen der Beiträge zur Tierseuchenkasse – von den Landwirten getragen werden, kann vermutet werden.

Parallel hierzu versucht die Pharmaindustrie die Impfung betriebswirtschaftlich zu begründen. Auf einem Symposium der Pharmafirma Intervet in Leipzig bezifferte Dr. Peter Heimberg vom Tiergesundheitsdienst der LWK NRW die Kosten einer BTV-Infektion auf mindestens 197 Euro pro erkrankter Kuh. Dem gegenüber stehen die Erfahrungen vieler Rinderhalter, die keinerlei negative Auswirkungen in Folge einer natürlichen Immunisierung feststellen konnten. *mn*

## Vergüteter Verrat

Die STV bietet Saatgutaufbereitern Geld für Informationen an

Unterstellte Schmiergeldzahlungen sind immer gerne bemüht, besonders düstere Kapitel, wenn es darum geht, jemandem, dem man nicht über den Weg traut, etwas anzuhängen. So wird schon seit langem von vielen Bauern und Bäuerinnen gemutmaßt, dass der Bundesverband deutscher Pflanzenzüchter (BDP) bzw. seine Inkassoorganisation, die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV), gerade den größeren Aufbereitern von Saatgut „etwas rüberschiebt“, damit diese wiederum Informationen über ihre bäuerliche Kundschaft an die STV herausgeben. Denn nur durch die Informationen der Aufbereiter ist es der STV bei der derzeitigen Rechtslage möglich, den Bauern und Bäuerinnen jene Anhaltspunkte in Sachen Nachbau zu liefern, die es laut höchster Gerichtsbeschlüsse bedarf, um die Nachbaugebührenforderung zu erheben. Nur wenn Rechnungen über Dienstleistungen wie Reinigen oder Beizen von eigenem Erntegut von den Aufbereitern an die STV weitergegeben werden, wird der Nachbau für sie so konkret fassbar, dass sie Gebühren erheben können. Dass sie sich diese Informationen etwas kosten lässt war bisher nicht mehr als eine Unterstellung, da der Wert der Informationen schließlich nicht gering ist.

### Schmiergeldbrief

„Nun ist es offiziell, dass die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) im Auftrag der Pflanzenzüchter Schmiergeld an die Aufbereiter von Saatgut zahlen darf, damit die Informationen über ihre bäuerliche Kundschaft weitergeben“, sagt jetzt Georg Janßen von der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN). Der IGN liegt ein Schreiben der STV vor, dass an die Aufbereiter verschickt wurde und in dem es unter anderem heißt: „Die STV ist beauftragt, die von Ihnen erbrachte Dienstleistung der Auskunftserteilung über die Lohnaufbereitung ab dem Wirtschaftsjahr 2007/2008 zu vergüten.“ Die IGN hatte auch immer schon vermutet, dass zumindest unter der Hand ein kooperatives Verhalten gerade der größeren Aufbereiter gegenüber der STV durch die Pflanzenzüchter wie auch immer honoriert wurde. Kritisch sieht die IGN dazu die

Haltung des Bauernverbandes: „Gegen die Offenlegung von Agrarsubventionen wehrt sich der Bauernverband, obwohl er damit mehr der Agrarindustrie als den Bauern nützt“, erklärt Georg Janßen, „im Falle der Nachbaugebühren hingegen toleriert er die Weitergabe von Bauerndaten an wirtschaftlich davon Profitierende stillschweigend.“ Es werde wieder einmal deutlich, wessen Interessen er eigentlich vertrete – bäuerliche offensichtlich nicht, so Janßen weiter. Die IGN verurteilt diese Schmiergeldaktion und fordert die Aufbereiter auf, sich nicht an der Datenweitergabe zu beteiligen!

### Züchtungsfortschritt?

Die vom Bund der deutschen Pflanzenzüchter vorgebrachte Argumentation, nur durch die Nachbaugebühren könne man

den Züchtungsfortschritt erhalten, negiert, dass es durchaus andere Möglichkeiten für die Züchter gibt, an mehr Geld für ihre Produkte zu kommen, ohne Bäuerinnen und Bauern ausforschen und Aufbereiter zu Verrätern machen zu müssen. Auch das immer wieder vorgebrachte Argument, eine vielfältige Pflanzenzüchtung lasse sich nur mit Hilfe der erhobenen Nachbaugebühren gewährleisten, ist nur halb wahr. Die züchterische Bearbeitung von Leguminosen beispielsweise ist bereits aus Mangel an Profit immer weniger vorangetrieben worden, als Nachbaugebühren noch gar kein Thema waren, und sie würde auch nicht dadurch wieder angekurbelt, wenn der eine oder andere Euro an Nachbaugebühren damit zu verdienen wäre. Der BDP beklagt eine Entwicklung, an der die tonangebenden seiner Mitgliedsunternehmen nicht unschuldig sind: die zunehmende Abhängigkeit von Konzernen, die Konzentration und Einfalt in Branchen-

struktur und Produktpalette. Nachbaugebühren halten – anders als der BDP glauben machen will – diese Entwicklungen nicht auf. Wenn man dort ernsthaft an gemeinschaftlichen Lösungen interessiert wäre, hätte man längst alle Beteiligten an einen

Tisch geholt, anstatt zu schmutzigen Tricks, wie Schmiergeldzahlungen, zu greifen.

cs



### Zucht ohne Grenze

Die vom Bundesagrarministerium geplante Festlegung von Mindestgrößen für Tierzucht-Populationen ist vom Bundesrat abgelehnt worden. In der Tierzuchtorganisationsverordnung wurde der § 2 gestrichen, in dem mindestens 10 männliche und 200 weibliche Tiere gefordert worden waren. pm

### Round up Risiko

Während in Deutschland das Totalherbizid Round up nach wie vor seinen Siegeszug als chemische Keule zum „schwarzmachen“ von Äckern ohne wendende Bodenbearbeitung und als Mittel zur – verniedlichend – „Vorerntesikkation“ also dem Totspritzen der Kulturpflanzen zur einfachen technischen Erntbarkeit feiert, gerät es in Nord- wie in Südamerika in Verruf. In den USA häufen sich die Berichte über Resistenzen von Unkräutern, besonders eine Amaranthart, die den Einsatz von Round up in gentechnisch veränderter Baumwolle zunehmend erschweren. Monsanto empfiehlt das Beimischen des Herbizids 2,4D, einer Substanz, die in vielen Ländern aufgrund seiner gesundheitsschädlichen Wirkung verboten ist. In Südamerika, wo Round up häufig von Flugzeugen aus über den Gensoja-Feldern versprüht wird, gab es in jüngster Zeit erneut Meldungen über Missbildungen an Amphibien, die mit dem Herbizid in Verbindung gebracht werden. Monsanto geht nach wie vor davon aus, dass das Mittel harmlos ist. cs

## „Wenn der Preis nicht steigt, stehen wir auf der Straße“

Interview mit der Milchbäuerin Sabine Holzmann

Sabine Holzmann ist Milchbäuerin aus Niederbayern. Gemeinsam mit ihrem Mann, ihren drei Kindern – 6, 7 und 16 Jahre – und ihren Schwiegereltern lebt sie auf ihrem Milchviehbetrieb in Wurmsham. Jeden Tag melken sie ihre 47 Kühe. Mitte Mai hat sie mit insgesamt etwa 1.000 Milchbäuerinnen eine Woche in Berlin neben dem Kanzleramt campiert und einen Milkpreisgipfel mit Angela Merkel gefordert. Sie ist in den Hungerstreik getreten, um auf ihre verzweifelte Lage auf-

*bäuerinnen nach Berlin gefahren?*

Ich wollte auf unsere verzweifelte Situation aufmerksam machen. Wir Bäuerinnen wollten uns von Frau zu Frau mit Bundeskanzlerin Merkel unterhalten. Unsere Forderung war, dass sie einen Milchgipfel einberuft, in Deutschland und auf EU-Ebene. Das hat letztendlich nicht funktioniert, weil Frau Merkel sich zu diesem Zeitpunkt nicht mit einer Milchbäuerin unterhalten wollte.

Wir wollten außerdem den Verbrauchern

Journalisten Interviews und kommen auf unseren Hof. Früher hat sich doch weder der *Spiegel* noch die *Bild der Frau* für uns Bäuerinnen oder einen landwirtschaftlichen Betrieb interessiert. Auch die Politiker sind auf uns aufmerksam geworden und zu uns gekommen, wie zum Beispiel Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner und Roland Profalla, der Generalsekretär der CDU.

*Was hat Sie in diesen Tagen in Berlin besonders bewegt?*

Den größten Eindruck hat der Zusammenhalt der Bäuerinnen auf mich gemacht. Es fand ein Austausch statt, wie ich ihn noch nie erlebt habe. Die Frauen, die zwischendurch zurück auf ihre Höfe gefahren sind, hatten zum Teil Tränen in den Augen. Sie wollten bei uns bleiben und uns unterstützen. Das andere war der gigantische Zuspruch aus der Bevölkerung. So etwas hätte ich nie für möglich gehalten. Die Menschen haben uns in den Arm genommen, haben uns mit Kaffee, Tee und Essen versorgt. Für die Frauen im Hungerstreik haben sie Säfte besorgt. Diese Erlebnisse waren wahnsinnig.

*Wie hat in dieser Zeit Ihre Familie den Hof organisiert?*

Morgens war ein Betriebshelfer zum Melken auf dem Hof. Abends hat meine 16-jährige Tochter gemolken. Eine Bekannte von uns hat zum Teil auf die beiden kleineren Töchter aufgepasst und mein Mann Martin ist von morgens bis abends nur gerannt. Es ist viel Arbeit liegen geblieben, aber wenn wir in Zukunft keinen kostendeckenden Milchpreis bekommen, haben wir sowieso keine Probleme mehr damit, ob Arbeit liegen geblieben ist oder nicht.

*Wie geht es jetzt weiter?*

Für uns ist nach wie vor Kampf angesagt. Wenn irgendwo was los ist, werden wir wieder vor Ort sein. Wir werden weiterhin versuchen, über die Medien zu kommunizieren, um was es uns geht. Wichtig sind auch Gespräche und Kontakte mit den Verbrauchern und Verbraucherinnen. Und, Wahltag ist Zahntag! Ich möchte alle anderen Bäuerinnen und Bauern bitten, in Zukunft mit uns zu kämpfen. Wir tun es für unsere Familien und Betriebe. Gerade jetzt vor den Wahlen wäre es das Schlimmste, den Kopf in den Sand zu stecken. Wenn wir jetzt nicht kämpfen, wann dann? Wenn nicht wir, wer dann? Meine Parole lautet: Niemals aufgeben!

*Vielen Dank für das Gespräch*

Marlene Herzog



v.l. Christine Schneebichler, Steffi Butschner, Sabine Holzmann, Elfriede Lehmann, Gertraud Ripertinger, Lucia Egner

Foto: Herzog

### Tegut erhöht Milchpreise

Die Einzelhandelskette „tegut“ hat die Initiative „Zeichen setzen für faire Milchpreise“ gestartet. Gemeinsam mit Kunden will das Unternehmen aktiv zur Verbesserung der Situation konventioneller Milchbauern beitragen. Im Rahmen der Initiative erhöhten die tegut Märkte den Verkaufspreis für den Liter Vollmilch auf 55 Cent. Die Differenz von 7 Cent zum aktuell üblichen niedrigsten Preis für Frische Vollmilch in Deutschland soll in einen Fonds eingezahlt werden, der für faire Projekte in der Landwirtschaft bestimmt ist. mh

merksam zu machen. Die unabhängige Bauernstimme hat mit ihr über ihre Situation und die bewegenden Tage in Berlin gesprochen.

*Unabhängige Bauernstimme: Wie ist die Situation auf Ihrem Hof?*

Sabine Holzmann: Bei der letzten Milchgeldabrechnung haben wir 27,1 Cent pro Kilogramm Milch bekommen. Das heißt, dass wir momentan im Schnitt etwa 15 Cent pro Kilogramm draufzahlen. Das sind im Jahr etwa 52.000 Euro, die wir irgendwo aus der Substanz nehmen müssen, um unsere Kühe melken zu dürfen. Das können wir wahrscheinlich noch ein gutes halbes Jahr durchstehen. Wenn der Milchpreis noch weiter fällt – auf unter 20 Cent, wie bei anderen – wird die Zeit natürlich immer kürzer. Dann ist für uns die Milchviehhaltung beendet. Das bedeutet, dass wir dann auf der Straße stehen, da in dem landwirtschaftlichen Betrieb auch das ganze Privatvermögen steckt. Für uns gibt es keine Alternative.

*Warum sind Sie mit den anderen Milch-*

und Verbraucherinnen erklären, dass auf einem landwirtschaftlichen Betrieb nicht nur der Bauer ist, sondern eine ganze Familie von der Misere betroffen ist. Oft leben mehrere Generationen auf einem Hof. Mit der Politik, wie sie im Moment betrieben wird, setzt man diese Existenzen bewusst aufs Spiel.

*Warum sind Sie in den Hungerstreik getreten?*

Bis zum Beginn des Hungerstreiks am dritten Tag wurde uns von Seiten der Politik wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Nur die Grünen haben sich um unsere Anliegen gekümmert. Wir brauchen aber die Politik, um die Rahmenbedingungen zu verändern und in Zukunft überleben zu können. Wir haben den Hungerstreik gewählt, weil es das letzte Mittel war, um zu zeigen, wie groß unsere Verzweiflung wirklich ist.

*Was haben Sie mit der Bäuerinnen-Aktion in Berlin erreicht?*

Wir haben noch nie so viel Medienresonanz bekommen. Den ganzen Tag war die Presse da. Auch im Nachhinein machen



## Der Bauernverband und die wettbewerbsfähigen Strukturen

Warum das alte Rezept des „Wachsen oder Weichens“ eingemottet gehört

Der Deutsche Bauernverband (DBV) bekennt sich ausdrücklich dazu, die Interessen der Menschen des ländlichen Raumes zu vertreten. Er müsste demnach vor allem die Interessen der Milchbauern vertreten. Es sind die mehr als 100.000 milcherzeugenden Betriebe, die mehr als ein Drittel der Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft erzielen. In den Grünlandregionen vor allem im Allgäu und in anderen Alpenregionen sind Milchbauern zu fast 100 Prozent Gestalter und Erhalter einer Landschaft, die zugleich Wirtschafts-, Erholungs- und Kulturraum für die Gesamtbevölkerung ist. Der Präsident des Bayerischen und des Deutschen Bauernverbandes Gerd Sonnleitner und sein Stab in Berlin haben offensichtlich 85 Prozent der deutschen Milchbauern, in Bayern hochgerechnet mehr als 90 Prozent der Milchbauern, beschrieben. Jedenfalls lässt sich das aus einer Presseerklärung des DBV herauslesen. In ihr wird vermeldet, dass in den kommenden Jahren bis zu 15.000 Betriebe massiv investieren (ca. 15 Milliarden Euro) müssten, um wettbewerbsfähige Strukturen zu erhalten. Betriebe, die „wettbewerbsfähig“ werden wollen, müssten demnach im Durchschnitt 1,0 Millionen Euro investieren. Bei wiederum durchschnittlichen Kosten zwischen 2.000 und 8.000 Euro pro Kuhplatz, je nachdem, ob Neu- oder Umbau, würde das bedeuten, dass pro Betrieb zwischen 125 und 500 Kühe gehalten werden müssten, welche die gesamte Milch in Deutschland produzieren könnten. Anders gerechnet: Verteilt man die 4,2 Millionen Kühe Deutschlands auf die vorgeblich 15.000 wettbewerbsfähigen Betriebe, dann müsste jeder dieser Wachstumsbetriebe im Durchschnitt 280 Tiere halten. In den neuen Bundesländern existieren schon solche „wettbewerbsfähigen“ Strukturen. Die gut 700 Milchkuhbetriebe des Landes Brandenburg hätten beispielsweise mit durchschnittlich mehr als 220 Kühen genau die richtige Größe. Zwei solche in Not geratenen „wettbewerbsfähigen“ Brandenburger Betriebe besuchte übrigens Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner auf Bitten der DBV-Oberen. Logischerweise dürften die Zukunftsbetriebe Brandenburgs oder anderswo nicht in einer schwierigen Lage sein, haben die Betriebe dort doch die gewünschte wettbewerbsfähige Struktur.

### Wasser bis zum Hals

Ihnen steht „das Wasser bis zum Hals“. Es soll nicht selten in nördlichen Bundesländern Betriebe geben, die nicht mehr im Eigentum von Landwirten

sind, sondern der Bank gehören. Ausgerechnet Udo Folgart, Präsident des Landesbauernverbandes Brandenburg und DBV Vizepräsident, ruft nach zinsverbilligten Liquiditätshilfen, die über die Landwirtschaftliche Rentenbank abgewickelt werden sollen. Pikanterweise ist DBV-Präsident Sonnleitner Vorsitzender des Rentenbank-Verwaltungsrats. Er hat sich diesen Posten, einer unter vielen, im Jahr 2008 mit satten 27.500 Euro (ohne Umsatzsteuer) für fünf Sitzungen vergüten lassen.

Der Bauernverband möchte der Wirtschaft und der Politik glaubhaft machen, dass der jetzige Milchfonds von etwa 100 Millionen Euro beitragen könnte zum Vorziehen von 15 Milliarden Investitionen in den nächsten Jahren. Investitionen, die eine weitere Erhöhung der Milchmenge mit den bekannten negativen Folgen bewirkten. Alle Milchbauern, ob klein oder groß, leiden doch schon derzeit unter einem katastrophal niedrigen Milchpreis. Ein Verband, der mit derartigen Pressemitteilungen bei übervollen Märkten nach „Weiter wachsen und damit Weichen“ ruft und gleichzeitig für so genannte Wachstumsbetriebe die Hand aufhält, macht sich unglaublich bei der Mehrzahl der

Milchbauern und schadet dem öffentlichen Ansehen der Landwirtschaft. Geradezu zynisch muss es in den Ohren von Milchbauern auf schwierigen Produktionsstandorten, insbesondere im Allgäu und Schwarzwald, klingen, wenn der Milchfonds als hilfreiche dauerhafte Perspektive in Aussicht gestellt wird. Der Hinweis auf die schwierigen Produktionsstandorte dürfte lediglich ein Alibi für die Öffentlichkeit sein, damit vor allem so genannte Zukunftsbetriebe von öffentlichen Geldern profitieren können. Die Zukunftsbetriebe beispielsweise in Brandenburg stehen unter anderem für ausgeräumte Landschaften, fehlenden Mittelstand, überalterte Bevölkerung in fast menschenleeren Dörfern.

### Alte Rezepte

Offensichtlich waren die Bemühungen des Bauernverbandes, ländliche Regionen als Wirtschaftsraum wie als Kultur und Erholungsraum zu stärken und gleichwertige Lebensbedingungen auf dem Lande zu gewährleisten, dort nicht von Erfolg gekrönt, falls es solche Bemühungen überhaupt gegeben hat. Die alten Rezepte, die Bauernverband und handelnde Politiker nach wie vor vertreten, gehören eingemottet. Die Weltwirtschaftskrise lehrt das. Was wir

brauchen, sind Bauernverbandsfunktionäre und Agrarpolitiker, die nicht nur in Wettbewerbs-Kategorien denken und handeln, sondern deren Bestreben dem Wohl aller noch existierenden Bauern und dem Gemeinwohl gilt. Die Verantwortlichen zumindest im BBV sollten sich einmal ihres Bauerndoktors Georg Heim erinnern und sich an ihm ein Beispiel nehmen. Er hat in Zusammenarbeit mit niederem Klerus, katholischer Arbeiterbewegung, Sozialdemokraten und Bauernbund die soziale Besserstellung wirtschaftlich bedrohter Volksschichten angestrebt und stand in Gegnerschaft zu Adel und Großbauertum, die ihre Pfründe behaupten und ausbauen wollten. Lebte er heute, stünde er auf Seiten der vielen kleinen Milchbauern in Europa, die in ihrer Existenz bedroht sind. Er setzte sich ein für sie und nähme nicht deren Verschwinden billigend in Kauf. Mengengrenzung und Außenschutz wären seine Ziele. Denn weniger Milch wäre mehr Geld für alle Milchbauern in Europa. Die Milch-Misere macht dies überdeutlich. Denn nur ein knappes Gut ist ein teures.

*Reinhold S. Bonfig, Wirtschafts- und Agrarjournalist, München*



Dynamisch der Mengenregulierung in Bauernhand entgegen.

Foto: Herzog

## Frankreichs Milchbauern unter Hochspannung

Der Präsident des Milchbauernverbands OPL drängt auf europaweite Einigung im Milchstreit und – falls Brüssel nicht einlenkt – auf Streik

Jean Louis Naveau ist im Stress. „Meine Pressemitteilungen finden Sie alle im Internet“, sagt der Milchbauer aus dem schönen Pays de la Loire in Nordfrankreich mir am Telefon. Als Präsident des französischen Milcherzeugerverbands OPL (Organisation des Producteurs de Lait) und Vorstandsmitglied im Europäischen Milkboard EMB ist er derzeit ein gefragter Mann in den Medien. „Das Maß ist voll“ lese ich auf den Seiten der OPL vom 15. Mai. Die französischen Milchbauern sind stinksauer, seit sie den Auszahlungspreis für April erfahren haben: 21 Cent für den Liter Milch, das ist der Fall ins Bodenlose! 30 Prozent weniger als im Vormonat, macht einen wirtschaftlichen Verlust von 3.000 Euro im Durchschnitt pro Betrieb und Monat.

### Fixpunkt 25. Mai in Brüssel

Was jetzt passiert, will ich von Jean Louis Naveau wissen, mit dem ich mich zu einem Telefongespräch für die *Unabhängige Bauernstimme* verabredet habe. „Wir werden am 25. Mai zum Agrarministerrat nach Brüssel fahren“, erklärt er mir. „Und wenn Brüssel sich nicht bewegt?“ „Dann wird es einen Milchstreik geben ... aber auf europäischer Ebene“, fügt er hinzu. Das ist ihm ganz wichtig, dass die Milchbauern in Europa gemeinsam vorgehen. Von übereilten Einzelaktionen hält er nichts. So wollten die Milchbauern aus dem französischen Süden, die sich jüngst zu einem eigenen Verband APLI (Association des producteurs de lait indépendants) zusammengeschlossen haben, schon ganz alleine streiken. Aber die OPL habe ihnen abgeraten, weil sie die Kräfte in Frankreich bündeln will.

### Ein guter Hof mit 60 Kühen

Seine Kräfte gut einteilen muss Jean Louis Naveau auch auf seinem Hof. Er bewirtschaftet einen 180 Hektarbetrieb bei Le Mans, westlich von Paris. Ein großer, ein guter Hof, wie er nicht ohne Stolz sagt. 110 ha Ackerland mit Weizen, Raps, Gerste als Marktfucht. Die restliche Fläche zu gleichen Teilen Mais und Grünland für die Milchproduktion. 60 Kühe der Rasse Holstein-Friesian sind es, die seine Frau täglich melkt, bei einer Quote von 540.000 Liter. Die Gebäude sind 1998 den neuen Umweltauflagen in Frankreich angepasst worden. Alles in Ordnung, alles wie es sein soll, klingt da an. Aber die Preise sind es längst nicht mehr. „Und nicht nur bei der Milch, auch beim Getreide ...“, verweist Jean Louis Naveau auf die vielfältigen Probleme seines Berufs-

stands. Als Milcherzeuger hat er im Jahr 2005 die OPL mitbegründet, deren Präsident er seitdem ist. Hervorgegangen ist die OPL aus der Agrargewerkschaft „Coordination rurale“. Die Milcherzeuger wollten ihre Interessen aber selber vertreten. Heute vertritt die OPL 20 Prozent der französischen Milchbauern.

Als Präsident der OPL ist Jean Louis Naveau auch Vorstandsmitglied des European Milkboard EMB und agiert so auf europäischer Ebene. Außerdem hat er noch einen Posten im nationalen Zuchtbüro. Wie da der Hof noch zu schaffen ist? Er hat einen festen Mitarbeiter eingestellt. Für Erntearbeiten kommt ein Lohnunternehmer, die dafür nötigen Maschinen sind gar nicht auf dem Hof vorhanden. Seine drei Töchter studieren auswärts. Von ihnen will derzeit keine in die Landwirtschaft einsteigen. Wie es dann mit dem Betrieb weitergehen soll, will ich von dem 52-Jährigen wissen. Immerhin sind 120 Hektar der von ihm bewirtschafteten Fläche Eigentum. Ja, darüber habe er sich auch schon Gedanken gemacht. Vielleicht sich mit dem Mitarbeiter zusammentun ...

### Jenseits der Schmerzgrenze

Aber derzeit ist es der Milchpreis, der ihn umtreibt. Dabei fing das letzte Jahr so gut an. Im Januar 2008 kletterte der Milchpreis auf 38 Cent. Da gab es wieder Hoffnung. Aber nun ist es um so schlimmer geworden. Die 21 Cent, die Mitte Mai 2009 verkündet wurden, sind ein absoluter Tiefschlag. Eine kostendeckende Milchproduktion ist zu solchen Bedingungen nicht möglich. Dabei ist der aktuelle Preisrückgang um 30 Prozent nur die eine Seite der Medaille. Der nationale Milcherzeugerverband FNPL (Fédération nationale des producteurs laitiers) hat berechnet, dass die Kosten für die milcherzeugenden Betriebe seit 2006 um 25 Prozent gestiegen sind. Die sich öffnende Schere zwischen steigenden Kosten und sinkenden Auszahlungspreisen hat schon am europäischen Aktionstag, dem 29. April, viele Milchbauern in Frankreich zu öffentlichen Protesten vor den Präfekturen bewegt. Für die

OPL lag ein Brennpunkt der Aktionen in der Normandie. Für Betriebe der Region Calvados mit einer durchschnittlichen Quote von 290.000 Liter bedeutet ein Verlust von 100 Euro auf 1.000 Liter einen monatlichen Einkommensverlust von 2.400 Euro.

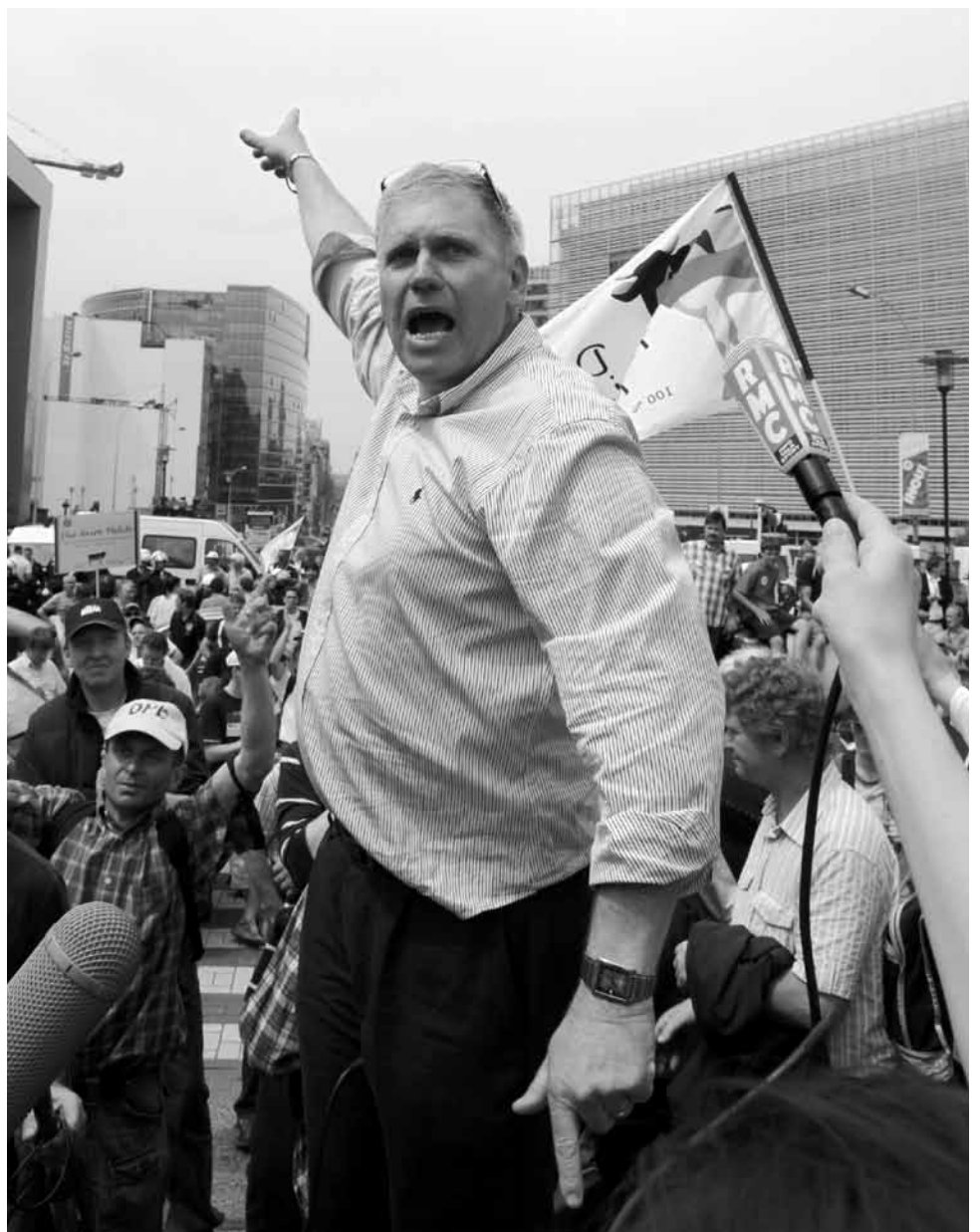
Das bringt die französischen Milchbauern auf die Barrikaden: brennende Autoreifen, Straßen mit Milch geflutet... Jean Louis Naveau versteht die Reaktionen seiner Kollegen, aber der bedächtige Mann aus dem Nordwesten setzt weiter auf den Dialog mit der Politik, trifft sich mit Verantwortlichen aus dem Agrarministerium, organisiert De-

monstrationen vor den Präfekturen in den einzelnen Regionen und trägt seine Fragen zur Zukunft der Milchbauern an die Kandidaten für die Europawahl heran. Europa muss wieder regulierend in den Milchmarkt eingreifen, so die Forde-

### Europa muss es richten

Der derzeitige ungezügelter Liberalismus wird zum Aussterben der bäuerlichen Milcherzeugung führen, so die Befürchtung von Jean Louis Naveau. Dann werden die Höfe den Banken gehören und nicht mehr den Bauern. Sein Verband strebt eine Selbstregulierung der Milchmenge durch die Bauern nach dem kanadischen Modell an.

Mit weiteren Aktionen wendet sich die OPL an die Verbraucher in den großen französischen Supermärkten. „Die Verbraucher verstehen unsere Forde-



Jean Louis Naveau, Präsident des französischen Milcherzeugerverbands OPL, in Brüssel

Foto: EMB

monstrationen vor den Präfekturen in den einzelnen Regionen und trägt seine Fragen zur Zukunft der Milchbauern an die Kandidaten für die Europawahl heran.

Europa muss wieder regulierend in den Milchmarkt eingreifen, so die Forde-

rungen“, so das Fazit von Jean Louis Naveau. Warum sollten sie sich nicht auf die Seite der Bauern stellen, schließlich zahlen sie keinen Cent weniger für die Milch, obwohl die Bauern weniger daran verdienen.

## Leserbrief

**Mündige Bauern in Stuttgart**

Zum Auftritt des Landwirtschaftsministers Peter Hauk

Aus Solidarität mit den Milchbauern, die zu ruinösen Preisen Milch produzieren müssen, folgte ich gerne der Einladung zur Milchedemo und zu unserem Herrn Minister Hauk nach Stuttgart. Nach den Begrüßungen und den Reden von Mitgliedern des Bundesverbandes deutscher Milchviehhalter und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft wurde unser Herr Minister Hauk angekündigt. (...) Im nächsten Satz lobte er uns B-W Bauern. Doch eine Bäuerin, die neben mir stand, schrie dann in die Menge: „Letztes mal als wir Bäuerinnen bei ihm waren und unsere dramatische Situation schilderten, sagte er: „100 Milchkühe reichen nicht mehr aus, ihr müsst halt noch die Milch direkt vermarkten oder Ferien auf dem Bauernhof anbieten“. Der hat noch nie Kühe gemolken, der weiß nicht wie viel Arbeit allein eine Kuh macht. „Ihr B-W Bauern seit nicht an dem niedrigen Milchpreis schuldig“, kam dann die nächste Aussage vom Herrn Hauk. „Jetzt sind wir bayrische wohl schuldig oder vielleicht die Norddeutschen, die Franzosen oder die Neuseeländer, oder besser noch die ostdeutschen Großbetriebe? Der will nur einen Keil zwischen uns treiben“, schrie dann lautstark ein Nachbar in rustikal bayrisch. (...) Ein weiterer Einwand zu diesem Thema kam von einem Nichtbauer, der mit demonstrierte. „Diese Übermilch wird mit EU-Geldern subventioniert, in

Entwicklungsländer verramscht und zerstört da den regionalen Markt. Die Kleinbauern dort haben dann keine Möglichkeit zum überleben. Wo bleibt die Verantwortung ihrer Politik“ Doch ein Minister denkt auch hier schon viel weiter als wir. Herr Hauk hat schon längst erkannt, dass es ökonomisch keinen Sinn macht, sterbende Märkte und Kulturen zu erhalten. Denn es sei wichtiger, bei uns große Strukturen zu schaffen, weil spätestens in 30 bis 50 Jahren der Klimawandel die Afrikaner eh zu uns treibt. Wahrscheinlich geht es noch schneller, denn große Strukturen in der Industrie wie auch im Agrarsektor beschleunigen den Klimawandel. Den Rest seiner Rede wiederholte er immer wieder gebetsmühlenartig mehrmals hintereinander. „Es muss möglich sein, auch weiterhin Lebensmittel mit dieser hohen Qualität in Baden-Württemberg zu produzieren“. Die halbe Rede machten diese Wiederholungen aus. „Schlechter Redner“ „Spickzettel verloren“ „Redezeit war zu lang“, hörte ich manchen Bauern sagen. Was ich davon halten soll, wusste ich zuerst nicht. Ich gebe es offen zu, ich hatte schon erhebliche Zweifel an meinem Minister, bis ich die erlösende Eingebung hatte und den Sinn erkannte. Es war ein Gebet. Wie wenn man in aussichtsloser Lage ein „Vater Unser“ immer wieder betend wiederholt. (...)

*Lothar Braun-Keller, 88637 Leibertingen*

**Einmal Kniefall bitte!**

In der Gemeindehalle von U. drängen sich etwa 150 Bäuerinnen und Bauern, und das um fünf vor acht. Ich setze mich mit meinem Kuvert ins hintere Saaldrittel, weitere Kuvertträger treffen ein, der Veranstaltungsbeginn verzögert sich. Die Stimmung im Saal ist eher gedrückt, keine Banner mit „42 Cent – wir brauchen gerechte Milchpreise“ werden ausgerollt. Es ist auch keine BDM-Versammlung, die hier so viele Bauern anlockt. Es ist der Info-Abend zum Gemeinsamen Antrag 2009. Wahrscheinlich sind die meisten aus demselben Grund hier wie ich – bloß nichts falsch machen beim Ausfüllen...



...aus dem Schwarzwald

Es geht los, der Herr vom Amt beginnt die Besonderheiten des diesjährigen Antrags zu erklären. Für mich und unseren Hof ist es der erste, offensichtlich scheint die Ausfülltücke im Detail zu liegen. Denn der Herr weist ernst darauf hin, dass dieses Jahr gleich auf der ersten Seite, wo anzukreuzen ist, für was man Prämission beantragt, die Reihenfolge eine andere ist. Also nicht etwa stur vom Vorjahresantrag abmalen! Und im Flurstücksverzeichnis muss dieses Jahr

in Spalte 12 die Schlagskizzen-Nummer statt bloß ein Kreuz rein und diese darf auch nicht verwechselt werden mit der Schlag-Nummer. Weitere Details folgen. Zwischendurch wird gewarnt: wer ein Kreuzchen vergisst oder eine Schlagskizze, ein Muttertier gefährdeter Rasse zu viel angibt oder eine Wiese beweidet, der ist dran. Und am schlimmsten dran ist Bauer, wenn er was verbockt, das mit Cross Compliance zu tun hat. Denn die „einzuhaltenden anderweitigen Verpflichtungen“, sind Voraussetzung für alles, was Bauer an Subventionen beantragt. Und Verstöße führen sofort zu Kürzungen der Direktzahlungen des gesamten Unternehmens. Die Chefin vom Veterinäramt lässt zum Thema ausrichten, dass die Bauern doch bitte ihren Tieren alle nötigen Ohrmarken einziehen und ihre Kälber nicht anbinden sollen, wenn sie sich Ärger bei der Kontrolle ersparen wollen.

Fehler bei der Angabe von Flächengrößen vermeidet man am besten, wenn man seine Schlagskizzen digital herstellt. Dazu gibt es in Baden-Württemberg FIONA-GIS. Das Problem ist bloß, dass das ohne DSL-Anschluss gar nicht gut funktioniert (der Mann vom Amt lächelt milde und verweist auf den Nachbarn, der ja vielleicht ein passendes Gerät hat). Vier Frauen und Männer vom Landwirtschaftsamt haben sich die Mühe gemacht, in unsere Gemeindehalle zu kommen, dazu noch zwei von der Naturschutzbehörde. Wahrscheinlich habens die auch nicht immer leicht. Einer bittet drum, die Anträge ordentlich auszufüllen, weil beim Amt das Personal reduziert und die Arbeitsbelastung gewachsen ist. Der Amtsleiter wieder bittet, keine bösen Briefe an den Landrat zu schreiben, wenn Vor-Ort-Kontrolleure unangemeldet nach nicht ausgegrenztem Wald in der Weide forschen. Dazu haben sie nämlich das Recht, dem hat man mit der Unterschrift auf dem Gemeinsamen Antrag zugestimmt.

Ich langweile mich ein bisschen und überlege mir, ob es vielleicht einen Prozentsatz an Sanktionen gibt, der verhängt werden muss, damit was von der einen Million Euro, die die Datenerfassung für den Gemeinsamen Antrag in Baden-Württemberg jedes Jahr kostet, wieder reinkommt. Und ist das Antragsausfüllen mit Absicht so schwierig, damit die „Alten“ und die im Nebenerwerb auf Qual und Geld verzichten? Und wenn jetzt alle Bauern aus ihren Kuverts nicht den Antrags-Vordruck sondern ein Plakat mit „gerechte Preise statt Almosen“ gezückt hätten?

Besser wieder aufpassen, denn leider brauchen wir das Geld.

Eine Bäuerin (36 Jahre) erzählt...

## Leserbrief

**Agrardieselbesteuerung**

Bauernverband, CDU, CSU und FDP fordern zur Zeit massiv die Aufhebung der Obergrenzen beim Agrardiesel, um damit angeblich den bäuerlichen Milchviehbetrieben zu helfen. Dabei bringt die Abschaffung der Obergrenze von 10.000 Liter für alle Betriebe, die weniger als 100 Hektar bewirtschaften (= 95 % der Betriebe in Bayern), überhaupt nichts! Im Gegenteil, durch die Aufhebung der Obergrenze können große Pachthaie und Betreiber von zu groß dimensionierten Biogasanlagen noch höhere Pachtpreise bieten und vor allem noch weiter fahren, um den kleinen Milchviehbetrieben die notwendigen Flächen weg zu schnappen. Die großen Maschinen der Großpächter ruinieren schon heute viele Gemeindestrassen und Wirtschaftswege und verstopfen die

Bundes- und Landstrassen. Ausserdem passt eine Verbilligung von fossilen Treibstoffen so überhaupt nicht zur Aufgabe, den Klimawandel zu verhindern. Viel besser und gerechter wäre es, mit dem Geld den Bauern zu helfen energieeffizienter zu wirtschaften, oder sie bei den hohen Sozialkosten zu entlasten. Durch die Staffelpreise beim Diesel sind die Preise für den Liter Diesel bei kleinen und mittleren Betrieben viel höher als bei Großbetrieben, so dass eine geringere Rückvergütung für Großverbraucher völlig gerechtfertigt ist.

Viele Grüße

*Andreas Remmelberger  
AbL Chiemgau-Inn-Salzach*

Vorankündigung:

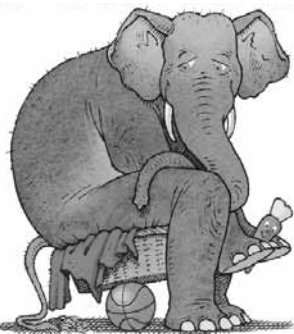
## Der Milchlieferstreik 2008



### Schein und Sein

Eigentlich ist die Katze – die irrste der Welt – von Gilles Bachelet ein sehr sauberes Tier. Trotzdem ist es ihr schier unmöglich, ihre gigantischen Köttel punktgenau im Katzenklo zu platzieren, dazu sind sie zu groß. Die Katze ist nämlich ein Elefant, der sich verhält wie eine Katze, eine Hauskatze, die die Wohnung mit ihrem Künstlerherrchen teilt. Mit französischem Charme und künstlerischem Phlegma wandeln beide durchs Leben, das aufgrund der absurden Konstruktion voll unfreiwilliger Komik steckt. Eine „was wäre wenn?“-Geschichte, die nicht nur Kindern gefällt und ihnen zudem vermittelt, es gibt nicht immer nur eine Wahrheit. Schön gezeichnet, füllt die irrste Katze der Welt mittlerweile zwei wunderbare Bilderbücher, deren Zeichnungen schon ganz kleine Kinder erfreuen und deren Geschichten-Ideen auch Große zum Gackern bringt.

„Die irrste Katze der Welt“ und „Wie alles begann“, Gilles Bachelet, Gerstenberg Verlag 2007/2009. Je 32 Seiten, je 12,90 Euro.



Fast zehn Tage lang verbündeten sich im Jahr 2008 rund zwei Drittel der deutschen Milcherzeuger und stoppten gemeinsam den Milchfluss an die Molkereien. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hat nun die Geschehnisse während des Milchstreiks, seine politischen Folgen und die aktuelle Situation auf dem Milchmarkt in einer Broschüre dokumentiert.

Der entschlossene Kampf der Milchbäuerinnen und -bauern im Bundesverband Deutscher Milchviehalter (BDM) für einen höheren Milchpreis beschäftigte Medien, Verbraucher und Industrie. Die deutschen Politiker konnten dem Druck der Streikenden und denen, die sich mit ihnen solidarisierten, nicht mehr ausweichen und reagierten. Allerdings nur mit leeren Worten. Sie weckten Hoffnung und versprachen die Forderungen der Milchbauern in Verordnungen zu gießen. Doch die Vereinbarungen vom „Milchgipfel“ von Bundes- und Landesministern wurden nach der bayerischen Landtagswahl fallen gelassen – die Politik hat ihr Wort gebrochen. Ebenso der Deutsche Bauernverband und die Milchindustrie, die zwar beim Milchgipfel saßen und dort die Vereinbarung noch durchgehen ließen; aber nicht lange danach begannen, gegen die Forderungen der Milchbauern und -bäuerinnen Stimmung zu machen. Der Bauernverband bekämpfte und bekämpft die inhaltlichen und politischen Aktivitäten und Forderungen der Milchviehalter.

Selten konnten Bauern so viel lernen über „ihren“ Bauernverband, über „ihre“ Molkereien und „Marktpartner“ wie zur Zeit

des Milchstreiks.

Im Jahr 2009 ist die Situation für die Milchbäuerinnen und -bauern noch dramatischer als im Jahr zuvor; die Molkeereien zahlen so wenig für die Milch wie nie zuvor. Wieder wird von einem Milchstreik gesprochen, diesmal noch stärker europäisch als 2008, als zwar in Österreich, der Schweiz, in Belgien, Luxemburg und den Niederlanden ein Teil der Milchbauern sich anschloss, aber vor allem Frankreich als zweitgrößtes Milcherzeugungsland in der EU noch fehlte.

Neben dem Streik erreichten die Milchviehalter noch ein zweites, das bisher weit weniger öffentliche Aufmerksamkeit erreichte: Sie schufen die bundesweit agierende Milcherzeugergemeinschaft Milch Board w.V., ein Zusammenschluss, der kartellrechtlich viele Möglichkeiten bietet. Den Milchbäuerinnen und Milchbauern eröffnet er politischen Einfluss und bisher ungeahnte Handlungsmöglichkeiten am Markt.

Grundlage der neuen AbL-Broschüre ist eine Bachelorarbeit von Marlene Herzog aus dem Jahr 2008, an der Universität Kassel in Witzenhausen. Der Milchstreik und seine Folgen werden dokumentiert, die verschiedenen Interessen der beteiligten Akteure beleuchtet und

die Wirkungen des Milchstreiks auf den Markt erläutert. In Interviews erzählen Bäuerinnen und Bauern von ihren Erlebnissen während der Streiktage. Von Angst, Euphorie, Verzweiflung und von Mut und Aufbruch.

mh

Die Broschüre „Der Milchlieferstreik im Jahr 2008 und seine Folgen“ kann ab Mitte Juni im AbL-Verlag für 5,- Euro bestellt werden.



### Der Milchlieferstreik im Jahr 2008 und seine Folgen



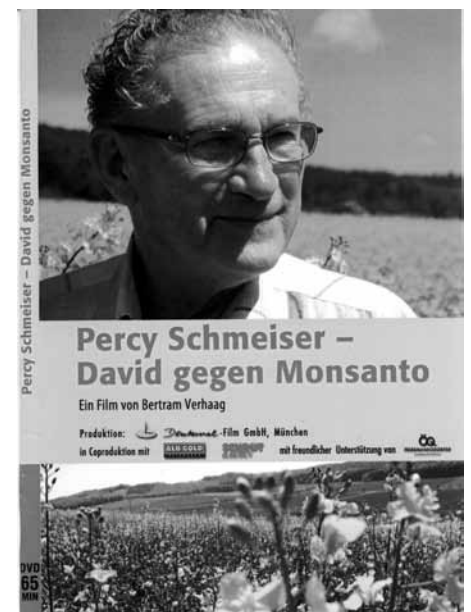
## Percy Schmeiser-David gegen Goliath

Bertram Verhaag, der schon den Film „Leben außer Kontrolle“ produzierte, hat mit „Percy Schmeiser – David gegen Monsanto“ einen neuen Film veröffentlicht. In 65 Minuten erzählt er die Geschichte von Percy Schmeiser, der seit 1996 gegen Monsanto kämpft. Der Film begleitet ihn bis zum Prozessende und schildert die Konsequenzen, die das Gerichtsurteil für die Bauern im Kampf gegen Monsanto und andere Chemie- und Saatguthersteller hat. „Monsanto wurde der Besitz aller mit seinem Gen kontaminierten Pflanzen zugesprochen. Aber Besitz bedeutet auch Verantwortung. Es dürfte durch das Urteil deutlich leichter geworden sein, Monsanto für eine Verunreinigung der eigenen Ernte verantwortlich zu machen.“, so Schmeisers Kommentar nach dem Ge-

richtsurteil.

Außerdem kommen neben dem Kanadier Schmeiser US-amerikanische Bauern zu Wort, die mit ihren Problemen an die Öffentlichkeit gegangen sind. Der Film will Mut machen, sich gegen die Allmacht der Großkonzerne zu wehren, auch wenn man einen langen Atem braucht.

DVD; 65 min. Percy Schmeiser – David gegen Goliath; ISBN 978-3-935573-33-7; 16,- €, (private Nutzung) 2,- € gehen an den Louise & Percy Schmeiser Fond; zu beziehen über den ABL Verlag.



## Provinzlexikon

Ahrens liefert in seinem Buch 274 Stichworte zur geistigen Situation der Provinz. Jene ist in der deutschen Geschichte mit in der Regel abwertenden Klischees überladen worden, aber die Hälfte der Stadtbewohner, die sich über die Provinz und ihre Rückständigkeit mokieren, sind selbst dort aufgewachsen und so doch von ihr geprägt. Höchste Zeit also eine Psychogeographie einer „Lebensweise“ zu versuchen. Ahrens postuliert zwar, Provinz sei überall zu finden und nicht an einen geographischen Ort gebunden, beschreibt dann aber fast durchweg Phänomene, die vor allem im Dorf und in der Landwirtschaft anzutreffen sind, und hier wiederum vor allem in Norddeutschland. Der Autor ist selbst auf einem Bauernhof aufgewachsen und lebt heute wieder ganz in der Nähe seiner Heimat, in dem kleinen Ort Handorf im Zuckerrübenland bei Peine in Ostniedersachsen.

Die Einträge schwanken zwischen Gesellschaftsanalyse und persönlicher Erinnerung, sie sind entweder lexikalischer Natur oder sie bestehen aus kurzen fiktiven und eher humoristischen Briefen, Tagebucheinträgen, Rundfunkinterviews und Tageszeitungsmeldungen. Ahrens beschreibt historische, soziologische und ökonomische Prozesse und Erscheinungen. Um nur eine Auswahl aus der ersten Hälfte der Anfangsbuchstaben zu geben: Zur Agrargeschichte finden sich unter anderem

die Stichworte Allmende, Dorfchronik, Flurnamen, Geschichte, Heimat oder Knecht; zu den sozialen und mentalen Verhältnissen Baumarkt, Disco, Familie, Freak, Gerüchte, Geschäft, Grillkamin, Grüßen, Idylle und, natürlich, der Jägerzaun. Die Landwirtschaft selbst wird auch thematisiert, mit den Beiträgen Acker, Bodenpunkt, Dünger, Forst, Getreide, Gülle, Gummiwagen, Heuboden, Höfesterben und Kuh. Mein persönlicher Favorit unter den Stichworten ist „Schafwiese, beleuchtete“, die als neu erschaffenes, mit Straßen versehenes, aber unbenutztes Gewerbegebiet beschrieben wird.

Leider fehlt ein Verzeichnis der Stichworte, ein Umstand, der den Zugang zu dem Buch unnötig erschwert. Dass der 1964 geborene, als Schriftsteller und vor allem als Übersetzer tätige Ahrens den Nationalsozialismus als Herrschaft des geistigen Provinzialismus versteht, und so wiederum ein Klischee weiterspinnt, sei ihm nachgesehen, da er ein reiches und amüsantes Buch geschrieben hat, ein Lese-, Entdeckungs- und Erinnerungsbuch für die vom Land, und für die, die von dort kommen. Für all jene, die die von Ahrens beschriebene meditative Wirkung des Tiefengrubbers kennen, oder nur von ihr träumen.

Bernd Hüttner, Bremen

Henning Ahrens, *Provinzlexikon*, 304 S., Knaus-Verlag 2009, ISBN: 978-3-8135-0324-1, 19,95 €

Kurzes am Rande

## Infomaterial zum Auslegen auf Hoffesten

Die Zeit der Hoffeste bietet immer wieder die Gelegenheit, Infomaterial und Bauernstimmen auszulegen oder sie an Interessierte zu verteilen. Der AbL-Verlag bietet ein kostenloses „Hoffestpaket“ an, das die Flugschrift „Streit ums Saatgut“ zum Thema Patentierung und Nachbaugebühren, 50 Bauernstimmen und Infos zur AbL und zu Büchern des Verlages enthält. Bei Bedarf können zusätzlich die kostenpflichtigen Broschüren „Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag“, ein Bericht zur Verbreitung von gentechnisch verändertem Material durch Landmaschinen, und „Monsanto gegen Bauern“, ein Bericht des Zentrum für Nahrungsmittelsicherheit, bestellt werden.

### Streit ums Saatgut

Die Flugschrift „Streit ums Saatgut“ der „Aktion 3.Welt Saar“ handelt von den Konsequenzen aus der Patentierung von Pflanzen und Tieren. Sie berichtet von Biopiraterie und nur schwer zu durchschauenden Verbindungen zwischen Industrie und Politik, wenn es darum geht, mit internationalen Abkommen Türen für die Unternehmen zu öffnen. Es geht aber auch um die Freiheit des Saatguts und das Recht auf Nachbau. Natürlich darf da auch der Streit um Linda, der umkämpften Kartoffel, nicht fehlen. Die Flugschrift ist im Hoffestpaket enthalten.

### Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag

Die Gentechnik-Industrie behauptet immer wieder „Koexistenz ist möglich“, ohne aber zu erklären, wie das in der Praxis funktionieren soll. Doch, was passiert in den Maschinen, die vor, während und nach dem Anbau überbetrieblich zum Einsatz kommen, also auf Feldern mit und auf Feldern ohne Gentechnik: Sämaschine, Mäh-drescher, Häcksler, Anhänger, Pflanzenschutz-Spritzen? Wie groß ist das Risiko, dass es dabei zu Verschleppungen kommt, wie hoch ist der Aufwand, um Verschleppungen zu verhindern oder mindestens zu minimieren. Grundlage dieser AbL-Broschüre ist eine Diplomarbeit von Mute Schimpf aus dem Jahr 2006 an der Universität Kassel, die diese Fragen unter die Lupe genommen hat. Relevant durch ihre Praxisnähe ist sie vor allem für Bäuerinnen und Bauern. (3,- €)

### Monsanto gegen Bauern

Monsanto ist der Hauptverantwortliche für die heutige Vorherrschaft von gentechnisch veränderten Organismen in unserer Umwelt. Der Weltmarktführer bei gentechnisch verändertem Saatgut setzt aggressive Ermittlungsmethoden ein und verklagt skrupellos US-amerikanische Bauern. Damit verletzt Monsanto eines der ältesten bäuerlichen Rechte: Saatgut der eigenen Ernte aufzubewahren und wieder auszusäen. Das Zentrum für Nahrungsmittelsicherheit in den USA hat nach umfassender Recherche und zahlreichen Interviews eine Broschüre erstellt, die die Vorgehensweise und die Machenschaften des Konzerns aufdecken und dokumentiert. (Aktualisierte Auflage, 3, 50 €)

### Bestellung:

Auf dem Bestellcoupon von Seite 21 können das Hoffestpaket und die Broschüren bestellt werden. Die Flugschrift „Streit ums Saatgut“ kann auch einzeln bestellt werden bei der „Aktion 3.Welt Saar“, Weiskirchener Str. 24, 66679 Losheim am See, Telefon 06872 9930-56, E-Mail: mail@a3wsaar.de, www.a3wsaar.de

### Bestellcoupon

Ich bestelle:

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht**  
bitte ankreuzen

Ausgabe:  2009  2008  2007  2006  2005  2004  2003  
19,80 € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

.....Expl. Aus dem Moor,	Stückpreis 11,00 € NEU!
.... Expl. Ein Bauer erzählt,	Stückpreis 10,00 € NEU!
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Bewegte Zeiten,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,	Stückpreis 13,90 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag	Stückpreis 3,- €
.... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage)	Stückpreis 3,50 €
.... Hoffestpaket mit Infomaterial und 50 Bauernstimmen	kostenlos

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_ Bank: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ ggf. E-Mail: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_ Adresse: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

## (Klein) Anzeigen

### Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,-€); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, Anzeigenschluss für Bauernstimme Juli/August 2009 ist am 15. Juni 2009.

#### Hof und Arbeit

● Resthof oder kleines freistehendes Anwesen mit Nebengebäuden und mindestens 0,5 ha Umland zu kaufen gesucht von Lebens- und Arbeitsgemeinschaft. ☎ 0931-32 99 51 25 (erreichbar 9 bis 11 Uhr vormittags)

● Vermiete 80 m<sup>2</sup>-Wohnung auf Biohof in Nds., 29683 Fallingb. Mit Hilfe auf Marktfruchtbetrieb möglich. ☎ 05163 290443, jan.meyerhoff@bioduo.de

#### Tiermarkt

● Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

● KATZEN WÜRDEN MÄUSE KAUFEN .... oder Reico. Feucht- und Trockenration für Hunde und Katzen ohne chemische Zusätze erhalten Sie bei Erika Sievers und Wilfried Durchholz, ☎ 04166/1422. Infos: www.reico-buxtehude.de

Uns geht's ums Ganze.  
www.gruene-bundestag.de

**Milchbauern vor dem Aus?**  
**Grüne Ideen für starke Regionen**  
Diskussionsveranstaltungen:  
am 19. Juni in Pfaffenhofen  
am 21. Juni in Prüm  
am 22. Juni in Ebsdorfergrund-Wittelsberg  
mit den Abgeordneten Ulrike Höfken, Nicole Maisch  
und zahlreichen Fachleuten aus der Region  
Infos unter »gruene-bundestag.de« Termine

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
BUNDESTAGSFRAKTION

## Aufruf zum Haberfeldtreiben

am Mittwoch den 03. Juni 2009 ab 20:30 Uhr  
Treffpunkt Odeonsplatz in München



Bauern stet auf, zoagts enga Schneid,  
sonst is des End für Euere Höf nimmer weit!  
www.haberfeldtreiben.info www.haberfeldgericht.de

## Veranstaltungen

### Optimierung Biogasanlagen

03. Juni 2009, Bayreuth  
Fachgespräch und Firmen-  
ausstellung, Programm: www.biogas-seminar.de/bayreuth09;  
Anmeldung: Internationales Biogas-  
und Bioenergie Kompetenzzentrum IBBK,  
☎ 07954 92620-3, Fax: -4, www.biogas-  
zentrum.de/ibbk/

### Milchbauern brauchen eigene Marktmarkt

04. Juni 2009, Anröchte  
Infoveranstaltung zur Milcherzeugergemeinschaft Milch Board. Die Milchpreise sacken noch weiter ab, die Situation auf den Betrieben spitzt sich zu. Es geht um die Existenz unserer Betriebe. Die Politik hat auf die vielen unterschiedlichsten Aktionen bisher noch nicht mit dem notwendigen Umsteuern reagiert. Offenbar nehmen uns viele noch nicht ernst genug, weil sie davon ausgehen, dass wir Milchviehalter nicht zum gemeinsamen Handeln am Markt fähig wären. Genau da liegt unsere große Chance: Eine eigene, unabhängige Marktmarkt aufzubauen. Das ist das Ziel der Milcherzeugergemeinschaft Milch Board. Referenten sind: Anton Hörmann, Milchbauer im Allgäu, Stellv. Vorsitzender der Milch-Erzeugergemeinschaft Milch Board w.V.; Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Bundesvorsitzender der AbL; Silvia Däberitz, European Milk Board (EMB).

20.00 Uhr, Gaststätte „Haus Wieneke“, Hauptstraße 46, 59609 Anröchte, ☎ 02947-988936, Kontakt: Bundesverband Deutscher Milchviehalter, Kreisteam Soest, Markus Rustige, ☎ 02947-989595, Mobil 0171-6820255

### Für gentechnikfreie Lebensmittel

07. Juni 2009, Ottersberg-Benkel  
Der „Arbeitskreis für gentechnikfreie Lebensmittel“ hat für Sonntag um 11.55 Uhr ein Treffen in Benkel (Ottersberg) geplant, wo vor 10 Jahren ein Freilandversuch mit herbizidresistentem Mais gestartet wurde. Von Benkel geht es (möglichst mit dem Fahrrad) nach Stapel zum Kräuterfeld am Moorweg. Dort soll ein Picknick (bitte etwas dafür mitbringen) mit Informationen und Unterhaltung stattfinden.

Kontakt: Volker Bielenberg, ☎04205-319403, info@hofbielenberg.de

### 20 Jahre nach der Wende

10. bis 12. Juni 2009, Stendal  
Mit ihrer Frühjahrstagung zieht die ASG Bilanz. Der Diskussion stellen sich: Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Prof. Wolfgang Böhmer, Landwirtschaftsministerin Petra Wernicke und Staatssekretär Hermann-Onko Aeikens. Fachvorträge und Exkursionen runden das Programm ab. Agrarsoziale Gesellschaft (ASG), ☎ 0551 49709-0, Fax: -16, www.asg-goe.de

### Grünlandgipfel

15. Juni 2009, Wolfach-Kirnbach  
Die Funktion des Grünlandes wurde in vielen Landesteilen auf die Offenhaltung der Land-

schaft geschrumpft. Die Problematik der weiteren Zunahme von Waldflächen betrifft immer mehr Gemeinden. Ist dies der Lauf der Zeit oder eine Folge politischer Entscheidungen und Rahmbedingungen? Die Diskussion um die Agrarpolitik nach 2013 hat begonnen. Ob Grünland mit seinen Vorzügen für Artenvielfalt, Bodenschutz, Erholung, Klimaschutz, Landschaftsbild und Nahrungsqualität dabei seine gebührende Rolle erhält, liegt an uns allen. Deshalb laden wir zu einem Expertengipfel für eine neue Grünlandkultur ein. Im Gebiet des Landschaftsentwicklungsverbandes Mittlerer Schwarzwald wollen wir auf Gipfelniveau über die Bedeutung des Grünlandes und die konkreten Ursachen für seine Gefährdung in Baden-Württemberg diskutieren. Unser Grünlandgipfel wird einen Rahmen für Experten aus Landwirtschaft, Kommunen, Wissenschaft, Verbänden und Politik bieten, um miteinander Diskussionen darüber zu führen, wie nachhaltige Lösungen aussehen können und welche politischen Veränderungen dazu nötig sind. Fachvorträge: Grünland als Lebens- und Erholungsraum, Roland Schöttle, Geschäftsführer Naturpark Südschwarzwald; die Bedeutung des Grünlandes für Klimaschutz, Artenvielfalt, Boden- und Grundwasserschutz, PD Martin Elsässer, Bildungs- und Wissenszentrum Aulendorf; Grünlandnutzung zwischen Ansprüchen und Markt, Siegfried Jäckle, Vorsitzender Forum Pro Schwarzwaldbauern. Statements von Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch MdL, Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum, und Lutz Ribbe, BUND-Agrarexperte mit Diskussion und Verabschiedung einer Resolution, die Sie im Vorfeld zur inhaltlichen Abstimmung erhalten werden. Anmeldung bis zum 10. Juni an: BUND Landesgeschäftsstelle Baden-Württemberg, ☎ 0711 620306-0, Fax: -77, www.bund-bawue.de

### Tierschutz ist Klimaschutz

17. Juni 2009, Berlin  
Eine artgerechte Tierhaltung kann dazu beitragen, den Anteil der Landwirtschaft am Klimawandel zu senken. Die Tagung der Allianz für Tiere in der Landwirtschaft durchgeführt vom Verbraucherzentrale Bundesverband will den gemeinsamen Interessen der Verbraucher und Landwirte an Klima-, Umwelt- und Tierschutz Rechnung tragen. Neben positiven Beispielen aus der Praxis werden erforderliche politische Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Tierhaltung in globalisierten Märkten vorgestellt. Referenten sind: Dr. Anita Idel, Co-Autorin des IAASTD-Berichts; Julia Balz, Referentin Klimaprojekt, Verbraucherzentrale Bundesverband; Prof. Hubert Weiger, Vorstand BUND;

Prof. Bernhard Hörning, FG Ökologische Tierhaltung Fachhochschule Eberswalde; Dr. Brigitte Rusche, Vizepräsidentin Deutscher Tierschutzbund. Anschließend Podiumsdiskussion mit Politikern der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien.

10.00 bis 17.00 Uhr, Neue Mälzerei – Plenarsaal, Friedenstr. 91, 10249 Berlin-Friedrichshain. Die Veranstaltung ist kostenlos. Für die Planung des Mittagbuffets bitte Anmeldung bis zum 8. Juni 2009 an das Tagungsbüro: Projektbüro !make sense! Dr. Manuel Schneider, ☎ 089 767589-55, Fax -56, www.allianz-fuer-tiere.de/1032.0.html

### Allgäuer Landwirtschaft – welche Politik brauchen wir?

22. Juni 2009, Kempten  
Der Arbeitskreis Gentechnikfreies Allgäu veranstaltet eine Gesprächsrunde mit den Kandidaten zur Bundestagswahl. Stichwort: billige Lebensmittel? Gentechnik – Patente auf Leben? Die Kandidaten stehen Rede und Antwort in einer aktuellen Stunde. Zugezogen haben bereits Gerd Müller (CSU), Thomas Hartmann (Bündnis 90/ die Grünen), Dr. Wilhelm Vachenaier (ÖDP), Stephan Thomae (FDP).

20 Uhr im Kempodium in Kempten. Kontakt: Bio-Ring Allgäu, ☎0831-22790, Fax: -54021317, www.bioring-allgaeu.de

### Nachhaltigkeit

03. Juli 2009, Bad Herrenalb  
Nachhaltigkeit als die Herausforderung des 21. Jahrhunderts – Global Governance für eine zukunftsfähige Weltgesellschaft: Im Oktober 2008 erschien die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“. Die wirtschaftlichen, technischen, politischen und sozialen Herausforderungen für nachhaltiges Wirtschaften und die Gestaltungsspielräume für „Global Governance“ in der Zivilgesellschaft werden im Austausch mit zukünftigen Führungskräften ausgelotet. Eine Veranstaltung der Evangelischen Akademie Baden mit der Führungsakademie Baden-Württemberg und der Wirtschaftsjunioren Karlsruhe

Anmeldung: Ev. Akademie Baden, ☎ 0721 9175-358, Fax: -358, www.ev-akademie-baden.de, Teilnahmebeitrag (inkl. Verpflegung) 100 €

### BIOGAS Intensiv

Juli 2009, Wolpertshausen  
Qualifizierungslehrgang für Anlagenbetreiber in fünf Tagesmodulen, in allen Kombinationen individuell buchbar: 6. Juli: Prozessbiologie - theoretische Grundlagen, 7. Juli: Prozessbiologie - praktische Übungen /Exkursion, 8. Juli: BHKW/Wärmenutzung, 9. Juli: Sicherer und EEG-konformer Anlagenbetrieb, 10. Juli: Ökonomie und Vertragsgestaltung.

Programm: www.biogas-intensiv.de/sommerkurs2009, Internationales Biogas und Bioenergie Kompetenzzentrum IBBK, ☎07954 92620-3, Fax: -4, www.biogas-zentrum.de/ibbk/

In eigener Sache




## Stellenausschreibung Redaktion Unabhängige Bauernstimme

Zur Verstärkung unseres Redaktionsteams suchen wir eine/n engagierte/n Mitarbeiter/in. Wir wünschen uns eine teamfähige, motivierte Persönlichkeit mit Interesse an agrarpolitischen Zusammenhängen und Diskussionen sowie der Fähigkeit, diese schriftlich zu formulieren.

Das bezahlte Praktikum ist als Schwangerschaftsvertretung auf 12 Monate beschränkt. Wir bieten eine vielfältige Tätigkeit innerhalb der Zeitungsredaktion und der Verlagsarbeit mit vielen Einblicken in aktuelle agrarpolitische Entwicklungen und Debatten.

Schriftliche Bewerbungen bitte bis zum 17. Juni 2009 an den  
AbL-Bauernblatt-Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm.



## Landeskontakte

### Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330  
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114  
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147  
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

### Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn,  
Tel.: 05865/988360, Fax: 05865/988361  
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774  
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118  
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247  
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

### Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.:  
03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215  
Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

### Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,  
Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221  
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069  
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264  
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575  
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761  
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421  
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657

### Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, amkloster@t-online.de;  
Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, biohof-claar@freenet.de;  
Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, k.s.vetter@t-online.de;  
Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, k.hellwig@web.de;  
Homburg-Mü.: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, gross2607@aol.com

### Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,  
Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;  
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218

### Baden-Württemberg

Landesverband: Jochen Fritz, Telefon: 0171-8229719, e-mail: fritz\_jochen@web.de  
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;  
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584  
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278  
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

### Bayern

Landesverband: Wolfgang König, Tel.: 09921/2843, e-mail: abl-bayern@web.de; Edith  
Liersch, Tel.: 08562/870  
Geschäftsstelle: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.:  
08679/6474, Fax: 08679/9130145, www.abl-bayern.info  
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Andreas Rimmelberger,  
Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635  
Regionalgruppe Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad  
Zanklmaier, Tel. 08725/304; konrad.zanklmaier@vr-web.de  
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de  
Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480; Anton Prechtel, Tel./Fax: 09265/7198

### Sachsen/Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg,  
Tel.: 037323/50129, Fax: 037323/15864



## Bundeskontakte

### Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221,  
E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28,  
21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

### Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758  
Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

### Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen,  
Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

### Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annamarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg  
Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de



## Mitgliedsantrag

## Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 90,00 Euro  
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 125,00 Euro  
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ Euro zu zahlen  
 Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 35,00 Euro  
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 60,00 Euro  
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 1,- Euro

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort: \_\_\_\_\_

Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung  
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei  
Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht  
spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die  
Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL wei-  
terleitet.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

# Stacheldraht

Ich weiß gar nicht mehr, weshalb Lich neulich beim Googeln den Begriff „Stacheldraht“ aufgerufen habe: „Miteinander verflochtene Drähte, die in regelmäßigen Abständen mit Drahtspitzen oder Metallhaken besetzt sind“. Erfunden hat ihn 1867 der Amerikaner Lucien B. Smith, allerdings noch als Kombination von Draht mit stachelbesetzten Holzteilen. „Devils rope“ (Seil des Teufels) nannten die Indianer diese Zäune, die ihr bisher offenes Weideland durchzogen und sie daraus vertrieben. Die Teufelsseile machten auch viele Cowboys arbeitslos.

Wie fast alle Erfindungen wurde und wird der Stacheldraht leider auch als Mittel zur Kriegführung, zum Einsperren und zur Unterdrückung von Menschen genutzt: „Mauer und Stacheldraht“. Eine neue Form ist der Bandstacheldraht („NATO-Draht“), ein unter Spannung stehendes und springendes Blechband mit eingestanzten Klingen. Soweit die – leider immer noch relevante – dunkle Seite des Stacheldrahts.

Mir dagegen fallen bei „Stacheldraht“ vor allem schöne Jugenderinnerungen ein: Dreieckig aufgerissene Hemden etwa – als es noch Standweiden für Jungvieh und Kühe gab, umgeben von Stacheldraht zwischen archaisch gespaltenen Eichenpfählen, gemacht wie für die Ewigkeit. Das Anbringen, Nachspannen und Festnageln des Stacheldrahts war eine schöne Arbeit, meist bei Frühlingswetter vor dem Austrieb – wobei man kein Stück Draht und



keine Krampe ins Gras fallen lassen durfte, zum Schutz der Wiederkäuermägen. An den Stachelspitzen hingen Haare von Rindern oder Schafen, die in der knappen Nachkriegszeit sogar eingesammelt und textil verwendet wurden.

Rinder kommen mit Stacheldraht zurecht, Pferde aber absolut nicht. Und so wird unser gestachelter Freund mit dem Vordringen der Pferde und der Portionsweiden immer mehr vom Elektrozaun verdrängt. Nichts gegen den Elektrozaun: Er ist praktisch und erlaubt Mutproben, wenn man einen Grashalm daran hält. Unvergessen auch die Zeitungsmeldung über einen unwissenden Studienrat aus der Stadt, der sich von seinen Schülern dazu überreden ließ, gegen den Elektrodraht zu urinieren. Und trotzdem: Ein schnöder Elektrozaun macht wenig her, ist absolut nicht landschaftsprägend.

Vergessen ist der Stacheldraht aber nicht. Das zeigen zum Beispiel die kunstvollen Nachbildungen, die widerborstigen jungen Leuten als Halsband oder Armreif dienen. Auch taugt er immer noch als Antwort auf die witzige Frage: „Was kommt dabei heraus, wenn man Regenwurm und Igel kreuzt?“ Ganz und gar nicht angemessen und fast würdelos finde ich dagegen die Werbung für WC-Sitze aus durchsichtigem Polyester, in die der Hersteller einen Stacheldraht eingeschmolzen hat. Das hat er nun wirklich nicht verdient, unser guter alter Stacheldraht. *en*

## **unabhängige** bauernstimme: stachelig und landschaftsprägend

6/2009

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnettin / des Abonnenten  
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum      Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm  
oder Fax 02381 / 492221